Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Haben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 31. | Dresden, Mittwoch den 6. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Siege der Polen und der Rada. – Rumänische Erfolge in Beßarabien. – Der Prozeß Bolo.

Massenstreik und Sozialdemokratie.

st. Ueber das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Massenstreik sind aus Anlaß der letzten Bewegung in der bürgerlichen Presse so viel falsche, auf Unkenntnis der elementarsten Tatsachen beruhende Behauptungen aufgestellt worden, daß es notwendig ist, an einige Dinge zu erinnern, die jedem geläufig sein könnten, der die sozialdemokratische Literatur der letzten Jahre vor dem Krieg mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Bekanntlich hat das Problem des politischen Massenstreiks die Partei gerade in den letzten Jahren vor dem Krieg sehr lebhaft beschäftigt. Das war seit der ersten Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung nicht mehr der Fall gewesen. Damals hatte man über die Frage des sogenannten Generalstreiks mit den Anarchisten ausgiebig debattiert und war ihnen gegenüber mit Auer der Ueberzeugung geworden: „Generalstreik ist Generalunsinn". Nämlich der Generalstreik der Anarchisten, der das Allheilmittel war, der alle beschwerliche Gegenwartsarbeit überflüssig machen, die große Weltenwende mit einem Schlage herbeiführen sollte. Bei dieser Auffassung blieb es. Die Sozialdemokratie hat niemals der Generalstreikidee zuliebe die praktische Arbeit für die Interessen der Arbeiterklasse aufgegeben.

In den neunziger Jahren des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde das Problem des allgemeinen Streiks in Belgien, Oesterreich und Rußland praktisch. In Belgien und Oesterreich erkämpften sich die Arbeiter durch den Streik oder durch die Drohung mit ihm die Wahlreformen. In Rußland wurde der Massenstreik das stärkste bewegende Element im Prozesse einer gewaltrevolutionären Entwicklung. Während die Arbeiter dreier Nachbarländer im Kampf für ihre politische Freiheit das Aeußerste einsetzten, lagerte über Preußen-Deutschland die tiefste Reaktion, und der Weg zur Demokratie, den die Arbeiter in verzweifelten Nöten suchten, war durch die unübersteigbar scheinenden Barrikaden des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts verrammelt.

So war es nur natürlich, daß sich die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Parteitage sehr lebhaft mit dem Problem des politischen Massenstreiks beschäftigten. Es traten dabei in der Hauptsache zwei Richtungen zum Vorschein, die man als die voluntaristische und die evolutionistische bezeichnen könnte. Die eine, deren glänzender Wortführer Ludwig Frank geworden war, ging darauf aus, die Arbeiter mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß die Demokratisierung Deutschlands die entscheidende Frage in ihrem Befreiungskampfe sei, und sah in dem Massenstreik ein bewußt zur Erringung demokratischer Ziele angewandtes Machtmittel. Man kann sie voluntaristisch nennen (von voluntas — Willen), weil sie auf den bewußtem Willen das Hauptgewicht legte. Ihr entgegen stand die evolutionistische, stärker mit der wirtschaftlichen Entwicklung rechnende Richtung, die besonders von Karl Kautsky vertreten wurde. Diese Richtung maß dem Willensfaktor eine geringere Bedeutung bei und sah, wie man es mit einiger Uebertreibung ausdrücken darf, im Massenstreik eben die unwillkürliche, aber unter bestimmten Umständen notwendige Erscheinungsform eines revolutionären Entwicklungsprozesses.

Keine dieser beiden Richtungen zeigte Neigung, zu den überholten Ideen der anarchistischen Generalstreikspropaganda zurückzukehren. Und beide behandelten den Massenstreik lediglich als Friedensproblem. Der Massenstreik als ein Mittel, Kriege zu verhindern, war von den deutschen Delegationen auf allen internationalen sozialistischen Kongressen konsequent zurückgewiesen worden. Es ist nicht ohne Reiz, daran zu erinnern, daß Aristide Briand, der nachmalige französische Ministerpräsident im Kriege, und Gustave Hervé, der Herausgeber der Victoire, ihre bitzigsten Anwälte gewesen sind. Als der Krieg ausbrach, hat sicher kein Sozialdemokrat daran gedacht, daß in seinem Verlauf es zu massenhaften Arbeitseinstellungen kommen könnte. Die Entwicklung der Meinungen über den Massenstreik während des Krieges ist aus begreiflichen Gründen weniger klar, als sie es vor dem Kriege gewesen ist. Dennoch ist die Annahme der bürgerlichen Presse, daß links von der jetzigen sozialdemokratischen Partei nur Massenstreik-Apostel zu finden seien, jedenfalls falsch. Der Glaube, daß es möglich sei, den gegenwärtigen Krieg durch den allgemeinen Generalstreik in allen Ländern zu beenden, ist zweifellos auf viel engere Kreise beschränkt. Und am wenigsten Anhänger dürfte die Theorie der Petersburger „Nawda" finden, die den Zeitpunkt für die Einleitung der bolschewikischen Weltrevolution in allen Ländern gekommen sieht.

Dieses in Deutschland kaum aufzufindende Extrem, das doch im Keim vorhanden und entwicklungsfähig ist, wird notwendigerweise gestärkt und entwickelt durch jede reaktionäre Gewaltmaßregel, durch die Schwäche der Regierung und des Parlaments. Nur eine kleine äußerst linke Gruppe ist eine grundsätzliche Gegnerin des Parlamentarismus und jauchzt deshalb den Bolschewiki zu, die die Konstituante auseinandergetrieben haben. Die ganze Sozialdemokratie und ein großer Teil der links von ihr stehenden Elemente ist grundsätzlich demokratisch und bereit, in der rechtmäßig gewählten Vertretung des Volkes eine Trägerin der Staatsautorität zu achten. Um so bedauerlicher und bedenklicher ist es, daß der Reichstag in der gegenwärtigen Situation so traurig versagt hat. Indem die bürgerlichen Parteien, denen der Schreck in die Glieder gefahren war, sämtlich der von der Sozialdemokratie geforderten Wiedereinberufung des Reichstags widersprachen, haben sie einen ungeheuren Fehler begangen und eine schwere Schuld auf sich geladen. Ihr Verhalten wirkt nach einer ganz anderen Richtung, als sie vorausgesehen hatten: es schädigt den Reichstag und das Prinzip des demokratischen Parlamentarismus in den Augen der Massen und leistet damit der antiparlamentarischen Propaganda einer alleräußersten Linken Vorschub.

Die Sozialdemokratie kann sich indes durch solche menschlich allzumenschliche Erscheinungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Dieser Weg geht über die Demokratie zum Sozialismus. Die Partei wird darum ihr Möglichstes tun, um aus den Ereignissen der letzten Tage das Beste zu machen: schädliche Wirkungen abzuwehren und, auf die Erfahrungen der letzten Zeit gestützt, den im Volke vorhandenen, elementar zum Ausbruch gelangten Willen nach Demokratie und Frieden noch energischer als bisher zu vertreten.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, in der Gegend von Armentieres und am La Bassée-Kanal war die Artillerietätigkeit am Nachmittag gesteigert. Bei Lenz lebhafter Minenkampf.

An der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefeuer vielfach gegen Abend zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Erkundungsvorstöße des Feindes in den Argonnen und östlich von Avocourt wurden abgewiesen.

Gestern wurden sieben feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Leutnant Bongraz errang seinen 29. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das ukrainische Schachbrett.

Auf dem ukrainischen Schachbrett wird jetzt eine für die östliche Friedensfrage wahrscheinlich entscheidende Partie gespielt. Gelingt es der Charkower Sowjetregierung, die Kiewer Zentralrada matt zu setzen, so verstärkt sich die Position der russischen Unterhändler in Brest, bekommt dagegen die Zentralrada die Oberhand, so vertritt Trotzki in Brest höchstens noch Nordrußland, denn auch die kriegerische Haltung Rumäniens wird durch einen ukrainischen Sonderfrieden unmöglich.

Nach langem, blutigem Hin und Her scheinen jetzt die Truppen der Zentralrada dank polnischer Mithilfe wieder siegreich zu sein. Ein Funkspruch aus Kiew vom 2. Februar meldet, daß nach Minsk nun auch Mohilow, der Standort der russischen Obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt und Oberbefehlshaber **Krylenko mit seinem ganzen Stabe** verhaftet wurde. Nach dem gleichen Funkspruch wurde „der Aufstand der Bolschewiki" in der Hauptstadt Kiew, die angeblich schon in den Händen der Bolschewiki war, von den Ukrainern unterdrückt. An die Spitze des neugewählten ukrainischen Ministeriums wurde der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Holubowitsch, gestellt. Alle ukrainischen Truppen stellten sich auf die Seite der Kiewer Zentralrada; die Truppenteile der Bolschewiki ziehen schleunigst aus der Ukraine nach Rußland ab. Bei Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren versammelt, auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein. Minister Holubowitsch hat ein neues Ministerium gebildet, das im Gegensatz zu der bisherigen Neigung der Ukrainer, sich mit den Maximalisten zu verständigen, kein einziges bolschewikisches Mitglied enthält.

Soweit der Funkspruch der Rada. Die nächsten Tage werden erweisen, ob der bolschewikische Vormarsch in der Ukraine nur eine Episode war. Wenn sich auch die Meldung bewahrheitet, daß die Truppen der Rada auch Charkow besetzt haben, so verliert die ukrainische Sowjetregierung damit ihre festeste Position. Weiter südlich tobt der **rumänisch-russische Kampf**, wobei die Rumänen offenbar am einheitlichsten und darum erfolgreichsten operieren. Eine englische Meldung besagt:

† London, 5. Februar. Nach amtlichen Telegrammen vom 2. Februar aus Jassy entwaffnet und bekämpft ein großer Teil des rumänischen Heeres jetzt die russischen Truppen. Bei dem Angriff der Russen auf Galatz eroberten rumänische Truppen 50 Kanonen. Letzten Mittwoch griff das 6. russische Armeekorps mit schwerer Artillerie Folticeni in der Mitte der Moldaufront an. Es wurde von den Rumänen umzingelt, entwaffnet und nach Rußland abgeschoben. Im Inneren Beßarabiens bemächtigte sich die maximalistische Rote Garde der Vorratsmagazine für die rumänische und die russische Armee. Auf Ersuchen der beßarabischen Regierung ließ darauf die rumänische Regierung die Eisenbahn Kischinew—Ungeny—Jassy und außerdem Bolgrad-Reni und andere Vorratszentren besetzen. Der Kampf zwischen den rumänischen Truppen und den Bolschewikibanden erstreckt sich über ganz Beßarabien. In Rußland wurden viele rumänische Offiziere und Parlamentarier verhaftet, besonders in Odessa.

Im Bunde mit den Bolschewiki kämpfen in der Donaugegend die rumänischen Revolutionäre. Wojenni-Izwestia, das Organ des bulgarischen Kriegsministeriums, meldet in einem Privattelegramm aus Babadag:

Die rumänischen Revolutionäre hätten sich der im Hafen von Kilia befindlichen Schiffe bemächtigt und das Donaudelta als neue Republik erklärt. Der Kommandant der russischen Donauflotte habe erklärt, Odessa werde sich mit allen Mitteln gegen eine Besetzung Beßarabiens durch die Rumänen verteidigen. Die Donauflotte sei zu einer Unternehmung gegen die Rumänen bereit.

Auch Odessa soll sich als freie Stadt mit eigener Verfassung erklärt haben, um den Bürgern, wie es in einem Aufruf heißt, den Frieden zu verschaffen.

Dem Daily Telegraph wird aus Petersburg gemeldet: Obwohl man bald merkliche Schwierigkeiten für die Bolschewiki erwarten kann, gibt es keine Gründe anzunehmen, daß die Bolschewiki bald zum Fall gebracht werden. In den letzten Tagen hat sich die Lebensmittelversorgung etwas gebessert. Auch die Brotration wurde erhöht. Die Daily News berichten aus Petersburg: Die Sowjetregierung beeilt sich mit der Bildung eines Roten Heeres, um sich dadurch unabhängig von den wechselnden Sympathien der Petersburger Garnison zu machen. Krylenko soll einen neuen Befehl herausgegeben haben, dem zufolge sämtliche Offiziere, die degradiert oder entlassen wurden, sofort diejenigen Posten und denjenigen Rang in der Armee einzunehmen haben, den sie vor der Revolutionierung der Armee hatten.

•

Der finnische Bürgerkrieg.

Laut Telunion hat die Bolschewiki-Regierung nachstehenden offenen Funkspruch abgeschickt: „An alle. Dringend. An alle Schiffe. Kameraden! Reservisten! Kein einziger soll seine Entlassung zur Reserve nehmen, solange die bürgerliche Weiße Garde von Finnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist der Nachteil unserer Revolution. Bewaffnung wird in der nötigen Menge gesandt werden." Ob dieser Kampfruf von der Petersburger oder der finnischen Bolschewiki-Regierung ausgeht, ist aus der Meldung nicht ersichtlich. Nach einer Stockholmer Meldung soll kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die russische Regierung den finnischen Bürgerkrieg nicht nur schüre, sondern direkt zu leiten entschlossen sei. „Im Laufe des Dienstags gingen aus Petersburg Artillerieverstärkungen und verschiedene Spezialtruppen nach Finnland ab. Innerhalb der Petersburger Roten Garde finden mit Genehmigung des Kommissars Anwerbungen für ein nach Finnland abzusendendes Korps russischer Roter Garde statt."

•

Zum Vormarsch der Weißen Garde.

Kopenhagen, 6. Februar. Aus Haparanda wird gemeldet: General Hammerfeins Truppen sind bis Uleaborg vorgedrungen und belagern die Stadt. Die Besatzung, die aus Roten Gardisten und russischen Soldaten besteht, ist stark und hat überdies Verstärkungen durch Russen aus Kemi, Makiniemi und Syino erhalten. Der früher gemeldete Kampf bei Tervola, nordöstlich von Tornea, dauert fort und scheint zu einem Sieg für das Schutzkorps zu führen.

•

Chinesische Truppen vor Wladiwostok.

zu. Petersburg, 5. Febr. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß [illegible] Abteilungen [illegible] Truppen vor Wladiwostok [illegible]. Diese Abteilungen gehören den aus Sachalin angekommenen Regimentern an und bilden den hervorragendsten Teil der chinesischen Kriegstruppen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Japans Antwort auf die russische Protestnote.

Rotterdam, 6. Februar. Nowoje Sbisn berichtet: Die japanische Regierung hat auf die Protestnote Rußlands geantwortet, daß die japanischen Kreuzer aus Wladiwostok zurückgezogen werden sollen, wenn auch die amerikanischen Kriegsschiffe Wladiwostok verlassen.

•

England und die russischen Offiziere.

Petersburg, 5. Februar. (Telunion.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß Buchanan als Vorsitzender des russischen Wohltätigkeitsvereins der Frau Schabarowa einen Brief zugeschickt hat, in dem er ihr mitteilt, daß auf seine Vorstellungen in London seine Regierung sich entschlossen habe, vorläufig 100000 Rubel für die Milderung der Not der russischen Offiziere zu bewilligen. Weitere Summen werden folgen.

•

Bolschewiki-Verhaftung in Frankreich.

Bern, 5. Februar. Nach einer Meldung des Figaro ist in Paris ein Beauftragter der bolschewistischen Propaganda, die die Ideen der Maximalisten in Frankreich zu verbreiten suchte, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

•

Schwedische Unruhe.

Stockholm, 4. Februar. Die schwedische Presse beschäftigt sich gegenwärtig sehr lebhaft mit der Frage, inwieweit Schweden eingreifen sollte, um den Sieg der Anarchie in Finnland zu verhindern. Nachdem die Regierung erklärt hat, daß sie ein bewaffnetes Eingreifen für unmöglich halte, befürworten die Blätter der Rechten die Bildung eines Freiwilligenkorps und die Einfuhr von Waffen, um die für die Ordnung eintretenden Kreise in Finnland zu unterstützen. — Stockholms Dagbladet erfährt jedoch, daß die Regierung gegen die Einfuhr von Waffen, sogar gegen deren Durchfuhr sei. Die gesamten konservativen Blätter, wie auch Nya Dagligt Allahanda und Svenska Dagbladet, wenden sich energisch gegen eine solche Auffassung von Neutralität. Auch Stockholms Tidningen erklärt: Wenn die Regierung ein bewaffnetes Eingreifen nicht wünscht, so muß sie doch andere Möglichkeiten ernstlich in Erwägung ziehen. Denn nicht bloß Finnlands, sondern auch Schwedens wegen habe man allen Grund, nicht untätig zuzusehen, wie in einem Nachbarlande die gesetzlich gegründete Demokratie gestürzt und das Land in Unglück gebracht werde. Politiken, das Organ der schwedischen Jungsozialisten, fordert die Minister auf, für den Fall, daß die Bürgerlichen in Finnland durch schwedische Freiwillige unterstützt werden, ihrerseits der Roten Garde zu helfen.

Der kurländische Landtag.

Immer wieder kommt man mit der Behauptung, daß der sogenannte kurländische Landtag berechtigt sei, im Namen der Bevölkerung Kurlands zu sprechen. So wird jetzt mitgeteilt:

Von gut unterrichteter Seite geht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die kurländische Landesversammlung und ihre Entschließung ein Artikel zu, der feststellt, daß der ständige Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft der Träger der Verfassung des Landes gewesen ist, die der Zar Alexander III. gebrochen hat. Nach russischem Staatsrecht habe er aber das Recht der Gesetzinitiative behalten. Im September 1917 habe die Vertretung der Ritter- und Landschaft von der Oberost-Regierung die Erlaubnis erbeten und erhalten, ihren Landtag einzuberufen. Sie habe dafür gesorgt, daß dabei ebenso viele Stimmen der lettischen Landbevölkerung wie vom deutschen Grundbesitz vertreten seien. Diese Landesversammlung habe die (bereits mitgeteilte) Entschließung gefaßt, die besage, daß sie den Schutz und Schirm des Deutschen Kaisers und des mächtigen Deutschen Reiches erbitte und vertrauensvoll als die von der Bevölkerung Kurlands entsandten Vertreter ihr Geschick in die Hand des Kaisers und der von ihm eingesetzten Verwaltung lege. Außerdem habe sie darum gebeten und die Erlaubnis erhalten, einen aus ihrer Mitte gewählten Landesrat zum Ausbau ihrer geschichtlichen Verfassung und Verwaltung wählen zu dürfen. Der Artikel schließt: „Es ist unverständlich, wie behauptet werden darf, daß dieser Landesrat nicht den Willen der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringt, zumal da er auf vollkommen verfassungsmäßigem und gesetzlichem Wege zustande gekommen ist. Der Landtag der Ritter- und Landschaft hat auf sein Recht verzichtet, aus seiner Mitte einen Ausschuß für die Ausarbeitung der künftigen Verfassung zu erwählen, und hat in loyalster Weise alle Schichten der Bevölkerung herangezogen und gemeinsam mit den Vertretern derselben diesen Verfassungs-Ausschuß gewählt. Die Gesetzlichkeit der zustandegekommenen Beschlüsse ist nicht zu bezweifeln."

Es ist bedauerlich, daß man immer wieder versucht, dem deutschen Volke etwas vorzumachen. Begreift man nicht endlich, daß man die Volksmassen durch derartige Täuschungsversuche nur empört? Wer es ehrlich mit dem Selbstbestimmungsrecht meint, der muß selbstverständlich auf dem Standpunkt stehen, daß nur eine Körperschaft, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt ist, im Namen der in Frage kommenden Bevölkerung eine Willenskundgebung erlassen kann. Beschlüsse anders gebildeter Körperschaften haben mit dem Selbstbestimmungsrecht nichts zu tun, und daran wird auch dadurch nichts geändert, daß der lettische Landtag sich auf irgendeine vergilbte Satzung aus ständisch-feudaler Zeit stützt und auf diese Weise glaubt, seine Rechtmäßigkeit nachweisen zu können. In den obengemachten Mitteilungen wird gesagt, daß die lettische Landbevölkerung auf der Landesversammlung ebenso stark vertreten sei, wie der deutsche Großgrundbesitz. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Zusammensetzung der kurländischen Landesversammlung keine Gewähr dafür bietet, daß ihre Beschlüsse die Anschauungen der Bevölkerung richtig wiedergeben. Denn die deutschen Großgrundbesitzer bilden eine kleine Minderheit der kurländischen Bevölkerung und dürften daher in einer Körperschaft, die wirklich als Vertretung der kurländischen Bevölkerung angesehen werden könnte, höchstens einige wenige Stimmen haben. Man erkenne entweder das Selbstbestimmungsrecht der Kurländer an oder man erkenne es nicht an. Man lasse uns aber endlich mit derartigen törichten Auslegungskünsten, wie sie hier wieder versucht werden, zufrieden. Dabei kann nichts Gutes herauskommen. Die im deutschen Volke vorhandene Verbitterung wird nur noch vermehrt, und unsere Staatsmänner und Diplomaten kommen immer mehr in den Ruf der Zweideutigkeit und Unzuverlässigkeit, so daß ihnen schließlich niemand mehr traut.

•

Estnischer Protest.

Stockholm, 5. Februar. Das Estnische Bureau wendet sich gegen die Erklärung der Repräsentanten der Ritterschaft in Estland und Livland und erklärt, daß nur die konstituierende Versammlung Estlands das Recht habe, über die Geschicke Estlands zu entscheiden.

Der Prozeß Bolo.

Paris, 4. Februar. Wie Havas meldet, begann hier vor dem 3. Senat des Kriegsgerichts der Prozeß gegen Bolo Pascha, der vor Gericht gestellt worden ist unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern, erstens in der Schweiz in der Person des Khedeven von Aegypten Abbas Hilmi und Jussuf Pascha, zweitens in Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Khediven geschickt worden war, um eine friedensfreundliche Bewegung hervorzurufen, drittens in den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zuschicken ließ zu dem Zwecke, eine Wandlung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen, viertens in Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des Journals, zahlte. Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Bolo Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die Aktien des Figaro mit Summen, die aus Deutschland stammten, zu kaufen. Prochore wird der Teilnahme an verschiedenen der obengenannten Straftaten beschuldigt. Die Verteidigung beantragte, als Zeugen zu laden Saddi Pascha, Abbas Hilmi Pascha, den Grafen Romanonnos und den Amerikaner Hearst. Der Regierungskommissar Mornet erwiderte, die an diese Zeugen abgesandten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Der Gerichtshof verwarf die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, die u. a. besagt, daß v. Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Marneschlacht habe Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff nicht zum Ziele führen würde. Es habe daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um England zu besiegen. Es habe daher die öffentliche Meinung für einen Sonderfrieden vorbereiten müssen. Der Bund habe sich entschlossen, große Geldopfer zu bringen. Deutschland wollte auf Parlament und Presse Einfluß ausüben durch pessimistische Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzustiften und den vaterländischen Einklang in Paris zu stören.

Die Untersuchung beweist, heißt es weiter, daß Bolo Pascha Saddik Pascha in verabredeten Wendungen geschrieben hatte, um ihm den Plan einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland im Hinblick auf einen Sonderfrieden auseinanderzusetzen. Die in Freiburg gegründete Katholische Bank sollte die Kapitalien liefern und die Presse unter dem Vorwande einer religiösen Propaganda speisen. In Wien hatte der Vorschlag keinen Erfolg. Bolo schlug dann die Erwerbung zahlreicher Zeitungen zu dem Zwecke vor, zugunsten Deutschlands auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Der Bericht betont, daß sich Bolo nicht nur mit seinen früheren Erklärungen in Widerspruch befindet, sondern auch mit denen Caillaux', den er zum Zeugen anruft. Bolo erzählte von Caillaux, daß der Khedive ihm eine beträchtliche Summe schulde. Der Bericht spricht dann von den letzten Reisen Bolos in der Schweiz und in Italien und erwähnt das Eingreifen des deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger, der mit dem Khedive über die Wiedererstattung dieser Summe sprechen wollte, wenn er den Feldzug hinausschöbe. Der Khedive sollte in der Schweiz seine engen Beziehungen zu den Vertretern Deutschlands ausnutzen und sich begnügen, einen Sonderfrieden mit Frankreich zustande zu bringen. Der Bericht stellt sodann die Besitzergreifung einer großen Zahl Aktien des Rappel und den Versuch, die Aktien des Figaro zu kaufen, fest. 1915 bis 1916 habe Bolo zahlreiche Aktien der Metro und des Cri de Paris zu kaufen gesucht. Der Bericht beschäftigt sich sodann mit der Angelegenheit des Journal. Deutschland habe großen Wert darauf gelegt, einer so bedeutenden französischen Persönlichkeit, wie dies Charles Humbert sei, einen Finanzbeirat zur Seite zu setzen. Durch Desouches und Lenoir wurde Humbert Käufer des Journal. Der Bericht erörtert ferner die Umtriebe Bolo Paschas in Amerika sowie die Beziehungen zu Agenten Deutschlands, darunter Pavenstädt und Graf Bernstorff.

In dem Bericht heißt es zum Schluß, daß Frankreich von einer sehr schweren Gefahr bedroht gewesen sei, denn der Schlag sei mit einem solchen Machiavellismus ausgedacht worden, daß Deutschland trotz seinem Scheitern einen Trost in dem ungeheuren Skandal erlebe. Prochore habe für einen bedeutenden Teil der geheimnisvollen Korrespondenz zwischen Bolo, Cavallini und Saddik den Vermittler gespielt und zweimal einen Auftrag in der Schweiz bezüglich des Khediven erhalten. Prochore gab hinsichtlich des Khediven den Tatbestand zu, behauptete aber weiter, daß er niemals das wirkliche Ziel dieser Korrespondenz gekannt habe. Indessen gab er zu, sich in Lausanne zweimal mit einer Persönlichkeit aus dem Gefolge des Khediven eingelassen zu haben. Seine hartnäckigen Ableugnungen zu Anfang und seine Versuche, die Zeugen zu falschen Aussagen zu verleiten, die er zu Anfang der Untersuchung unternahm, beweisen, wie schwer die Handlungen Bolos sind, dessen tätiger Mitarbeiter er war. Bezüglich Cavallinis verweist die Anklage auf den versuchten Ankauf der Aktien des Figaro im April und Mai 1915. Die Untersuchung habe ergeben, daß es sich um ein Einverständnis mit Saddik Pascha handelte. Cavallini habe zu diesem Zwecke bei der Waadtländischen Kantonalbank die Summe von 249 250 Frank, die auf die zweite Einzahlung von Deutschland vorausgezahlt wurde, hinterlegt. Das hierbei verfolgte Ziel war, die Zeitung anzukaufen, um im beabsichtigten Augenblick einen für die Feinde günstigen Feldzug zu führen. Damit war der Bericht zu Ende.

Der Vorsitzende befragte Bolo über seine Beziehungen zum Khediven. Bolo beteuerte jedoch sein Unschuld und versicherte, daß er kein Verräter sei. Er führte aus, er habe nicht an der Frankreich freundlichen Gesinnung des Khediven zweifeln können und erinnerte an die Beweise von Wohlwollen, die ihm vor dem Kriege Abbas Hilmi und Saddik Pascha bezeugt hätten. Der Angeklagte findet es lächerlich, daß man ihm die Absicht zum Vorwurf mache, Pariser Zeitungen anzukaufen. Diese Blätter, sagte er, seien in Händen, aus denen man sie nahezu unmöglich herausbringen könne. Der Vorsitzende machte auf Widersprüche in den Erklärungen Bolos während der Untersuchung und während des Verhörs hinsichtlich seiner Beziehungen zu Cavallini und Saddik und über die amerikanische Angelegenheit aufmerksam. Bolo äußerte sich über seine Reise nach Spanien, über seine Unternehmungen mit dem Bruder des Papstes und über die Angelegenheit der 300 000 Kinder, in der er der Betrogene gewesen zu sein behauptet. Er bemerkt weiter, wenn er das ableugne, was ihm Kapitän Voucherhon unterstellt habe, so sei dies deshalb geschehen, weil er wußte, daß er mächtige Feinde habe. Infolgedessen habe er Voucharbon nur das gesagt, was er ihm sagen wollte. Bolo erhob Einspruch gegen die Erklärungen Cavallinis, der behaupte, über zwei Millionen ausgegeben zu haben. Er versicherte, er habe nicht mehr als eine Million erhalten, die er ihm schuldig gewesen sei, und behauptete, daß er in der Schweiz eine der Entente günstige Rolle gespielt habe.

Ein bürgerliches Urteil über die Lage in Rußland.

cb. Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Wie schwer es ist, über die russischen Dinge aus der Ferne zu urteilen, geht aus der merkwürdigen Tatsache hervor, daß auch die Aussagen nicht bolschewistischer Augenzeugen aus dem Ausland über die Lage, die Stimmung und die Aussichten des revolutionären Rußlands durchaus verschieden lauten. Während die zum größten Teil aus der schwedisch geschriebenen finnischen Presse entnommenen Schilderungen der hiesigen bürgerlichen Blätter und die oft von antibolschewistischen russischen Sozialisten inspirierten oder geschriebenen Artikel des Social Demokraten in dunklen Tinten malen, fehlt es nicht an Aeußerungen aus durchaus nicht zu den jungsozialistischen Freunden der heutigen Petersburger Regierung gehörenden Kreisen, die in weit lichteren Tönen gehalten sind. Mag man die politischen Methoden der Bolschewiki und ganz besonders den von diesen nicht verhohlenen Anspruch, sie als Regel modernster sozialrevolutionärer Taktik für die ganze übrige proletarische Welt als allgemein gültig hinzustellen, noch so sehr verfechtbar finden, so wird man doch an diesen günstigen Aeußerungen nicht vorübergehen dürfen. Unter diesen verdienen die des Direktors der Nya Banken, Aschberg, besondere Aufmerksamkeit, weil man diesen gewiegten Finanzmann, der obendrein durch persönliche Beziehungen zum Brantingschen Kreis sicher nicht zu bolschewistischen Sympathien vorbestimmt ist, schwerlich des politisch dilettierenden Aesthetentums verdächtigen kann, das ja aus Genießern sozialer Privilegien nicht gar selten Heimkrieger des Maximalismus macht.

Herr Aschberg hat wiederholt Reisen nach dem revolutionären Rußland unternommen. Von seiner letzten ist er soeben zurückgekehrt und er hat seine Eindrücke Redakteuren der linkssozialistischen Politiken und des bürgerlich radikalen Dagens Nyheter mitgeteilt. Herr Aschberg kehrt mit kommerziellen Erfolgen heim, er hat u. a. die Ausfuhrbewilligung einer großen Quantität Maschinenöl erhalten, gleichzeitig hat der linkssozialistische Führer Lindhagen in Petersburg die Ausfuhr einer ansehnlichen Ladung Tee erreicht, und die Erfahrung, daß das Finanzkapital auch mit Bolschewiki gute Geschäfte machen kann, wird wohl nicht ohne Einfluß auf die Temperatur seines Urteils geblieben sein. Aber angesichts der von so verschiedenen Seiten, vom Staatsmann bis zum Sozialdemokraten unternommenen Versuche, das Charakterbild des Bolschewismus zu zeichnen, fordert das Interesse an der historischen und politischen Wahrheit, Aufmerksamkeit auch für die vom genannten Finanzmann gezogenen Linien.

Herr Aschberg erklärt, den Eindruck bekommen zu haben, daß die Bolschewiki noch immer Herren der Lage seien. Vorgänge, wie die Auflösung der Konstituante, dürfte man nicht nach den für normale Verhältnisse geltenden Maßstäben beurteilen. Die Rettung der Revolution habe wichtiger geschienen, als lange parlamentarische Diskussionen. Die Konstituante habe durchaus nicht den allgemeinen Anhang im Volke gehabt, den man im Auslande vermutet habe. (Nach den Berichten der nichtbolschewistischen Presse hat es indes die Kundgebungen zugunsten der Versammlung einen großartigen Charakter, der Demonstrationszug in Petersburg z. B. soll die Länge von einem Werst gehabt haben, bei allerdings sehr geringer Beteiligung von Seiten der Armee. Die Red.) Die Bolschewiki haben übrigens auch unter den bürgerlichen Bewunderer ihrer Energie und ihrer Arbeitskraft, und man gibt offen zu, daß, wenn sich die Bolschewiki von der Regierungsmacht zurückziehen, nichts da ist, um sie zu ersetzen. Bezeichnend für den steigenden Einfluß der Bolschewiki ist, daß die Anerkennung ihrer Regierung durch Amerika nahe bevorsteht.

Die ökonomische Lage sieht Direktor Aschberg nicht so pessimistisch an. In den Dekreten über die vollständige Sozialisierung von Boden, Unternehmungen, Kapital und Handel sieht er hauptsächlich eine Demonstration, da die Bolschewiki wohl verständen, daß Rußland allein eine ökonomische Revolution nicht durchführen könne. Was die Annullierung der Staatsschulden betrifft, so hat der Volkskommissar für die Finanzen Menschinski, Aschberg mitgeteilt, daß ein solches Dekret — bisher ist die Sache nur im Prinzip beschlossen — den kleinen Mann nicht in Mitleidenschaft ziehen würde. Und die Notwendigkeit der ausländischen Kredite werde von Menschinski wohl verstanden. Im übrigen stehe es ökonomisch um Rußland nicht so trostlos. Die Staatsschulden von 60 Milliarden Rubel belaufen sich bei dem reduzierten Geldwert auf etwa 20 Milliarden. Ziehe man die ungeheuren Naturschätze Rußlands und die Möglichkeit ihrer vervielfachten Ausbeute in Betracht, so komme man zu dem Ergebnis, daß sich Rußland am leichtesten unter allen kriegführenden Mächten erholen könne. (Sollte diese Möglichkeit nicht doch mehr theoretisch gegeben sein, bei dem Zustand des russischen Verkehrswesens, der allgemeinen Desorganisation und der zu erwartenden Rückströmung der Bevölkerung auf das flache Land? Und wäre etwa keine entweder erzwungene Preisgabe der russischen Naturschätze an das fremde Finanzkapital eine Verwirklichung des Kommunismus? Anmerkung der Red.)

Ueber die Handelspolitik der Regierung teilte der Abteilungschef für den Auslandshandel Bronski Herrn Aschberg folgendes mit: Alle Zölle werden aufgehoben. Der Staat kontrolliert Einfuhr und Ausfuhr und verhindert die Einfuhr unnötiger Artikel. Im Ausland werden Ueberwachungsstellen eingerichtet, die die Wucherspekulation mit eingeführten russischen Waren verhindern wollen. Bei der Sozialisierung der Banken werden die Aktien der Privatbanken gegen verzinsliche Staatsbankaktien ausgetauscht werden.

Die Amerikaner an der Westfront.

Berlin, 6. Februar. Das Berliner Tageblatt meldet aus dem Haag: Nach einer Meldung aus Neuyork teilt Kriegsminister Baker mit, daß die amerikanischen Truppen nunmehr einen Abschnitt an der Westfront besetzt haben.

Von der Schweizer Grenze, 6. Februar. Der Schweizer Allgemeine Pressedienst meldet: Die Amerikaner haben neuerdings in Frankreich zahlreiche neue Kontrakte auf Truppenlager, Unterkünfte usw. auf fünf Jahre abgeschlossen. Sie gehen bei ihrer Festsetzung in Frankreich andauernd rücksichtslos vor und reißen ganze Häuser nieder, die ihnen im Wege sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

20000 Tonnen versenkt.

Berlin, 5. Februar. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Wenninger, hat im westlichen Teile des Aermelkanals 3 Dampfer, 2 Segler und 4 englische Fischerfahrzeuge mit rund 20000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Die im beträchtlichen Maße vorhandene feindliche Gegenwirkung überwand das Boot durch geschickt angelegte und kühn durchgeführte Angriffe. Unter den Schiffen befand sich der große englische bewaffnete Dampfer Mantatten, 8004 Tonnen, der englische Schoner Perriton und die Fischerfahrzeuge General Leman, Perseverance und Addax.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Gewerkschaften und der Streik.

Von der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands erhält das Berliner Tageblatt folgende Zuschrift:

„In dem in Nr. 61 Ihres geschätzten Blattes vom 2. Februar 1918 enthaltenen Artikel „Die Regierung und die Arbeiterschaft“ wird unter anderem dargelegt, weshalb Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Streikenden nicht zustandegekommen seien. Dabei wird die Auffassung vertreten, daß die Schuld der Generalkommission zur Last falle. In dem Artikel heißt es:

„Es hat den Anschein, als könne die Weigerung in der Tat von der Generalkommission, nicht von den Abgeordneten, aber auch nicht von den Abgeordneten der alten Sozialdemokratischen Fraktion. Auch dieser Standpunkt erscheint uns keinesfalls einwandfrei. Es handelt sich nicht darum, ob die Generalkommission eine Verantwortung für den Streik übernimmt, sondern darum, daß sie vermittelnd zu einem Ausgleich beitragen soll. Das kann auch ein „Neutraler“ tun, und seine Neutralität wird dadurch nicht beeinträchtigt, nicht verletzt.“

Wie Sie zu dieser Auffassung haben kommen können, ist nicht verständlich, weil aus der in derselben Nummer Ihres Blattes zum Abdruck gebrachten Erklärung des Parteivorstandes ersichtlich ist, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei die Forderung des Reichskanzlers, eine Vertretung der Generalkommission zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, abgelehnt hat. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß Kompetenzfragen und Bedenklichkeiten in einer so schwierigen Situation nicht angebracht sind, daß vielmehr alles getan werden mußte, um schnell und in einer Weise, die möglichst wenig Verbitterung hinterläßt, den Streik beizulegen. Die Generalkommission hat sich denn auch sofort bereit erklärt, dem Wunsche des Reichskanzlers Rechnung zu tragen und Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Es ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen, daß sie durch die Beteiligung an den Verhandlungen ihre Neutralität verletzen könne. Durch ihre Beteiligung wäre es möglich gewesen, auch Vertreter der Streikenden in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Selbstverwaltung einer gewerkschaftlichen Organisation an den Verhandlungen zu beteiligen. Der Wunsch der Streikenden war also im wesentlichen erfüllt worden. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie lehnten es aber ab, eine offizielle Vertretung der Generalkommission hinzuzuziehen. Sie verzichteten lieber auf jede Verhandlung, als daß sie diese Konzession gemacht hätten.

Das Verhalten entspricht durchaus der von unabhängiger Seite betriebenen Hetze gegen die Gewerkschaftsführer. In einem anonymen, unter den Streikenden verbreiteten Flugblatt heißt es:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinaus mit den Verrätern aus den Arbeiterversammlungen. Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Die hier zum Ausdruck gekommene Auffassung ist es, die für die Stellungnahme der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie ausschlaggebend war.

Wir bitten Sie, von dieser Richtigstellung in Ihrem Blatte Notiz nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
G. Bauer,
Mitglied des Reichstags.

Der „Inseratenfeldzug“ der Vaterlandspartei.

Der Professor der Geschichte an der Universität Leipzig Geheimrat Dr. Walter Goetz wendet sich in einem Leitartikel des nationalliberalen Leipziger Tageblatts an „Die Besonnenen in Deutschland“. **Er geht davon aus,** daß der Krieg ein Verteidigungskrieg war und es bleiben soll. Unser Kampf sei in erster Linie der Selbstbehauptung, er diene der Wiedergewinnung vollkommen freier, wirtschaftlicher Entfaltung, und er müsse jetzt, wo wir tückisch angegriffen seien, der Sicherung unserer Grenzen und unserer Kolonien gelten. Das werde gewisse Veränderungen der Landkarte herbeiführen, aber es müsse uns dabei der Gedanke leiten, daß jedes Stück fremder Untertanen für uns eine schwere Belastung bedeute, daß nationale Konzentration für unsere Zukunft weit wichtiger sei als europäische Expansion, und daß für unser künftiges Dasein die Verständigung weit erwünschter sei als irgendwelcher unsere Gegner zusammentreibender Zwang. **Professor Goetz wendet sich** dann gegen die Vaterlandspartei, wobei er u. a. ausführt:

„Ein richtiger Gedanke ist auf eine falsche Bahn geraten. Wie könnte man Sammlung auf die Mittellinie verlangen, wenn überall im Lande sofort eine Personalunion zwischen Alldeutschen und Führern der Vaterlandspartei eintrat, wenn die ausgesprochen alldeutsche und scharfmacherische Presse als Organ der Bewegung bezeichnet wurde? Was soll die gelegentliche Abwehr, man sei nicht alldeutsch, man treibe keine Annexionspolitik, man mische sich nicht in die innere Politik ein, wenn das vornehmlichste Organ der Vaterlandspartei, die Deutsche Zeitung in Berlin, als lauteste in der gesamten angeschlossenen Zeitungsgruppe Eroberungen fordert und das Volk schmählich schilt, das von Eroberungen nichts wissen will, wenn alle die heimlichen und offenen Wühler gegen die preußische Wahlrechtsvorlage in der Vaterlandspartei als Führer wiederkehren und heftige Artikel gegen die Wahlrechtsvorlage schreiben? Um einen Verdacht vor allem hätte die Vaterlandspartei vermeiden müssen: daß sie etwa nur ein Organ schwerindustrieller und preußisch-konservativer Interessen sei. Gewiß glauben alle die gutwilligen Idealisten im Lande nicht an diese Möglichkeit, aber politische Naivität ist in den Kreisen unserer schweren Industrie so wenig zu Hause, wie in denen der preußischen Junker — hier weiß man, warum man in diesem Augenblick unbedenklich Millionen opfert. Das ist es, was stutzig macht: wer je in Politik und Vereinswesen tätig war, weiß, wie schwer die Mittel selbst für die besten Zwecke flüssig zu machen sind. Hier aber fließen Millionen — allein der Inseratenfeldzug der Vaterlandspartei, ganz abgesehen von ihren massenhaft verbreiteten Drucksachen, kostet, wie eine Stichprobe zeigt, Millionen. Aber es handelt sich leider noch um mehr: diese Inserate kommen zum Teil offen aus den Bureaus der Schwerindustrie, und sie werden zu Preisen angeboten, die alles ortsübliche weit übersteigen, sie werden nicht nur der Tagespresse, nicht nur den dankbaren Kreisblättern, sondern selbst den kleinsten Fachzeitschriften der Berufsverbände zu Ueberpreisen angeboten. Große Zeitungen werden aufgekauft und stellen sich dann in den Dienst der Vaterlandspartei und der alldeutschen Gedanken. Bei anderen Zeitungen wird der Versuch des Ankaufs zu den erstaunlichsten Preisen gemacht.“

Professor Goetz vermutet hinter allen diesen Vorgängen einen bestimmten Zusammenhang und wirft die Frage auf, **ob hier nicht,** immer unter dem Deckmantel der Vaterlandspartei, auf eine Art Korruption der Presse und des öffentlichen Lebens hingearbeitet werde. „Haben die Gebildeten in Deutschland wirklich Ursache“, so fragt Goetz weiter, „Schrittmacher einer Bewegung zu sein, bei der als Drahtzieher preußische Konservative, als Geldgeber rheinische Schwerindustrielle tätig sind? Beide haben das volle Recht, ihren besonderen Zielen nachzugehen, aber sie sind stark genug, es für sich selbst zu tun: und sie bedürfen nicht des Doppelspiels mit dem Patriotismus des deutschen Bürgertums. Es konnte“, schließt Professor Goetz, „nicht anders kommen: aus dieser ganzen Sachlage heraus ist ein an sich guter Gedanke gescheitert, hat die Vaterlandspartei, anstatt zur Sammlung zu wirken, den Zwist im Lande unendlich vermehrt.“

Einstimmiger Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um zu den Vorgehen der letzten Tage Stellung zu nehmen. Die Sitzung war sehr stark besucht. Genosse Scheidemann erstattete einen anschaulichen Bericht, insbesondere über die Maßnahmen, die vom Parteivorstand ergriffen wurden.

An diesen Bericht schloß sich eine rege Aussprache, die damit endete, daß die Fraktion einstimmig dem Beschluß des Parteiausschusses vom 30. Januar beitrat.

Interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien.

Berlin, 6. Februar. Wie die Vossische Zeitung meldet, hat Dienstag nachmittag eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden. Vertreter der nationalliberalen Fraktion haben an dieser Besprechung nicht teilgenommen. Die Erörterungen galten vor allem der innerpolitischen Lage. Sie werden voraussichtlich Ende dieser Woche fortgesetzt werden.

Türkische Klagen gegen die Armenier.

Konstantinopel, 4. Februar. (Meldung der Agentur Milli.) Nach Abschluß des Waffenstillstandes mit der russischen Armee an der Kaukasusfront war abgemacht worden, daß die den Vertrag schließenden Parteien die Bedingungen des Waffenstillstandes bis zur Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litowsk strenge innehalten sollten. Trotzdem ist festgestellt worden, daß die Truppen der Kaukasusarmeen anfangen, die Abgrenzungslinie vor unserer Front mit ihren Quartieren zu verlassen, und daß sie sich zu Land und zu Wasser ins Innere Rußlands zurückziehen. Unter Ausnutzung dieses Beginnens der Räumung der besetzten Gebiete seitens der russischen Truppen haben die eingeborenen Armenier und diejenigen, die zu den russischen Einheiten gehörten, mit ihren Waffen die Flucht ergriffen, um in den erwähnten Gebieten zurückzubleiben, und schicken sich an, die Einwohner osmanischer Herkunft, die sich dort befinden, und namentlich das muselmanische Element zu verfolgen, wie es bestimmt beglaubigt ist durch Nachrichten, die durch türkische kriegsgefangene Soldaten gegeben werden, welche unsere Linien haben erreichen können, ferner durch die eingeborene Bevölkerung, der es gelungen ist, den Klauen der Armenier zu entkommen, sowie durch eine Abordnung, die mit der Bitte um Hilfe zu uns von der Bevölkerung geschickt worden ist, die sich den armenischen Verfolgungen noch nicht hat entziehen können und noch jetzt allen ihren Grausamkeiten ausgesetzt ist.

Diese Tatsachen wurden sogleich und wiederholt dem Oberkommandierenden der russischen Kaukasusarmeen in der ganzen ihnen zukommenden Bedeutung mit der Bitte mitgeteilt, diesen Verfolgungen und Grausamkeiten ein Ende zu machen. Antwortdepeschen und Mitteilungen des genannten Oberkommandierenden besagen, daß strenge Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden sollen, um die gemeldeten Verfolgungen zu verhindern. Trotzdem steht unumstößlich fest, daß die muselmanische Bevölkerung im Gegenteil täglich heftigere Verfolgungen erleiden muß, und zwar infolge des Umstandes, daß die russischen Truppen, welche fähig wären, die Zusagen des russischen Oberkommandierenden zu erfüllen, die Gebiete vollständig geräumt haben, wo diese Grausamkeiten verübt werden.

Das unglückliche, sicher ähnliche Schicksal der unschuldigen Bevölkerung, der Frauen und Kinder derjenigen Gebiete, die nicht Grenzgebiete sind, oder deren Klage noch nicht hat zum türkischen Heere dringen können, ist uns noch unbekannt.

Der Kampf gegen den Schleichhandel.

Eine bevorstehende Bundesratsverordnung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Je straffer die Rationierung unserer Lebensmittel vor sich ging, um je weiter der Kreis der Güter gezogen wurde, die der staatlichen Erfassung unterworfen werden mußten, um so mehr hat sich der Schleichhandel ausgebreitet. Es gibt heute kaum noch Lebensmittel, vom Saatgut bis zur Fleischware, deren sich nicht der Schleichhandel in irgendeiner Form bemächtigt hätte. Man braucht nur einmal eine Reise nach dem Süden, Osten oder Westen Deutschlands anzutreten, um sich ein Bild von der Ausdehnung des Schleichhandels innerhalb Deutschlands zu machen. Fast in jedem Eisenbahnzuge sind mehrere Dutzend dieser Schleichhändler zu finden, die unter Anwendung der verschiedenartigsten Mittel staatlich beschlagnahmte Güter widerrechtlich erwerben und abzusetzen suchen. Die Eisenbahnspesen sowie das Risiko spielen anscheinend beim Schleichhandel keine Rolle; die Preise, die die privaten Versorger und auch eine Reihe von Industriezweigen anlegen, sind ja auch so hoch, daß damit nicht nur alle Unkosten gedeckt werden, sondern für den Schleichhändler meist noch ein sehr erheblicher Nutzen übrig bleibt. Wenn man bedenkt, daß in einigen Gegenden Deutschlands Butter mit 2,50 M. bis 3 M. für das Pfund bezahlt wird, der Schleichhandel aber 20 M. hierfür fordert, so kann man sich ein Bild von dem Zwischengewinn dieses Gewerbezweiges machen.

Wie viel Personen sich zur Zeit gewerbsmäßig mit dem Schleichhandel beschäftigen, läßt sich auch nicht annähernd schätzen. Aber gewisse Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß es mehrere Hunderttausend sein müssen. Zu einem Teil sind es Kleinhändler, die sich in früheren Zeiten mit dem An- und Verkauf von Lebensmitteln beschäftigt haben, zu einem Teil Kleinkaufleute, die von früher her noch „Beziehungen“ haben. Die Tätigkeit dieser Schleichhändler hat aber in dem jetzigen Umfange derartig bedenkliche Folgen, daß dadurch das ganze Ernährungs-Programm der Regierung gestört werden kann. Denn dadurch daß diese mehrere hunderttausend Schleichhändler ständig versuchen, Ware der öffentlichen Bewirtschaftung zu entziehen, wird die Menge, die den amtlichen Stellen zur Verfügung steht, ungewöhnlich verkürzt, und es werden so Lebensmittelschwierigkeiten hervorgerufen, die durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht begründet sind. Es wird der Regierung unmöglich gemacht, die gerechte und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durchzuführen.

Aus diesem Grunde sieht sich die Regierung zu einem außerordentlich scharfen Eingriff gezwungen. Wie wir erfahren, wird sich der Bundesrat demnächst mit einem Gesetzentwurf befassen, der ein besonderes strafrechtliches Vorgehen gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel in Aussicht nimmt. Schon früher haben die Preisprüfungsstellen versucht, gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel vorzugehen, einen Erfolg hatten sie hierbei indessen nicht aufzuweisen. Nunmehr erhoffen die maßgebenden Stellen, daß die neuen Bestimmungen jeden Schleichhandel in Zukunft infolge der Höhe der Strafen völlig unterdrücken. Nach dem Gesetzentwurf sollen strafrechtlich verfolgt werden alle gewerbsmäßigen Schleichhändler, die vorsätzlich eine Gesetzesbestimmung verletzen. Als Strafe wird unter allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geldstrafe bis zu 100000 Mark vorgeschrieben. Darüber hinaus kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare Handlung begangen ist, verfügt werden. Wird ein Schleichhändler zum dritten Male beim gewerbsmäßigen Schleichhandel zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht nur noch auf Zuchthaus und daneben auf Geldstrafe und Einziehung der Ware erkennen.

Darüber hinaus sind, wie verlautet, noch besondere Maßre[illegible] in Aussicht genommen, die das Abfließen beschlag[illegible] andere Kanäle in Zukunft völlig unterdrücken sollen [illegible] der Oeffentlichkeit wohl in der nächsten Zeit zuge[illegible]

Deutsches Reich.

Die neuen Reichssteuern.

Mit Rücksicht auf die politische Lage und die Unübersehbarkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse während der Dauer des Krieges kann, einer Nachrichtenstelle zufolge, die sogenannte große Reichsfinanzreform im Sinne einer endgültigen Neuordnung der deutschen Finanzen zur Zeit noch nicht in Angriff genommen werden. Die dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt zugehenden Steuervorlagen werden sich darauf beschränken, in dem Reichshaushalt für 1918/19, der wie in den vorangegangenen Kriegsjahren im wesentlichen die Ansätze des letzten Friedenshaushalts übernimmt, das Gleichgewicht herzustellen und zu diesem Zweck behufs Deckung des Mehrbedarfs für die Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, soweit dazu die bisherigen Einnahmen nicht ausreichen, neue Einnahmequellen zu erschließen. Die letzten Entscheidungen über die aus diesem Anlaß der deutschen Volksvertretung zu machenden Steuervorlagen dürften in der laufenden Woche zu erwarten sein.

An den Vorberatungen über diese Steuervorlagen war der neu geschaffene Finanzbeirat beim Reichsschatzamt noch nicht beteiligt. Es ist aber sicher damit zu rechnen, daß er demnächst zusammentritt, um seine als Erweiterung des inneren Apparates der Reichsfinanzverwaltung gedachte Tätigkeit aufzunehmen.

Ausland.

Frankreich.

Stimmen zu den Beschlüssen von Versailles.

Genf, 5. Februar. Während der Temps die über den Versailler Kriegsrat ausgegebene Note den Erwartungen durchaus entsprechend findet, hat das Journal des Débats daran manches zu bemängeln. Namentlich sei der Satz, der den jüngsten Erklärungen Kühlmanns und Czernins gewidmet ist, keineswegs geeignet, mehr Licht auf die Absichten der Entente zu werfen. Frankreich habe mehr erwartet als ein vornehmes Beiseiteschieben der gegnerischen Ausführungen. Die moralische und militärische Machtstellung der Entente hätte bei diesem Anlasse stärker betont werden müssen. Das wäre gerade durch näheres Eingehen auf die Darlegungen der Staatsmänner der Mittelmächte möglich gewesen. Italiens nationale Ansprüche hätten, entgegen den Voranzeigen in der römischen Presse, in dem Gesamtbericht keine Aufnahme gefunden. Bisher sei man über die Tragweite des am 26. April 1915 zwischen Frankreich, England, Rußland und Italien abgeschlossenen Vertrages auf die Petersburger Enthüllungen angewiesen. Es sei höchste Zeit für die Entente, den Anfeindungen, die sie auch seitens befreundeter Staaten wegen der in diesem Vertrage festgelegten imperialistischen Ziele Italiens erfuhr, einen Damm zu setzen. Vielleicht wolle man Italien die Initiative überlassen, um den gegenwärtigen Umständen entsprechend jenen Vertrag zu deuten. Man dürfe darum der bevorstehenden Rede Orlandos mit Spannung entgegensehen.

Aus aller Welt.

12000 Zentner Mehl und Getreide beschlagnahmt.

Großen Schiebungen mit Mehl, Getreide und anderen Feldfrüchten ist man, wie das Kriegswucheramt mitteilt, im Kreise Neustadt O.-S. auf die Spur gekommen. Es wurden allein 12000 Zentner Mehl und Getreide, die der Verbrauchsregelung entzogen worden waren, beschlagnahmt. Beteiligt an diesen Schiebungen sind der Landwirt Bruno Zipper aus Lindenvorwerk, Kreis Neustadt, der Mehlhändler Laußmann, der Gastwirt Paul Ullmann, beide in Neustadt O.-S., der Müller Otto Leuzmann in Wachtel-Kunzendorf, Kreis Neustadt O.-S. Mitgewirkt haben der Arbeiter Johann Stoblaczek aus Zülz, Kreis Neustadt, der Privatangestellte Erich Mejo und die unverehelichte Helene Koslol, beide aus Neustadt. Fünf der Beteiligten wurden von Beamten des Kriegswucheramtes festgenommen und dem Amtsgericht in Neustadt vorgeführt. Die Buschmühle in Wachtel-Kunzendorf ist durch das Landratsamt geschlossen worden. Bei diesen Schiebungen wurde der Höchstpreis zum Teil um mehr als das Zehnfache überschritten. — Wie aus Ostpreußen gemeldet wird, haben Beamte des Kriegswucheramts auch in Ostpreußen große Getreidebeschlagnahmungen vorgenommen. — Der Frau Franziska Kietsch geb. Schneider, die in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 6, ein Seifen- und Drogengeschäft betreibt, ist, wie das Kriegswucheramt mitteilt, der Handel untersagt und das Geschäft geschlossen worden. Die Frau hatte in erheblichem Umfange Fleisch, Seife und Nährpräparate aus dem Schleichhandel bezogen und zu Wucherpreisen verkauft.

75000 Mark Strafe.

Wegen Malzschiebungen nach Norddeutschland verurteilte die Strafkammer in Würzburg den Brauereibesitzer Heinrich Gehring aus Ochsenfurt zu 75000 M. Strafe.

Für 50000 M. Kaffee gestohlen.

Bei der Firma Fuchs & Söhne in Warschau wurde, dem Berliner Tageblatt zufolge, für 50000 M. Kaffee gestohlen.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte
für den 7. Februar 1918:
Meist heiter; keine wesentliche Temperaturänderung; trocken.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fleischbezug in der Stadt Dresden

in der Woche vom 4. bis 10. Februar 1918.

[S 87

Auf die Reichsfleischkarten Reihe „V“ erhalten:

Personen über 6 Jahre
auf die Marken 1 bis 8 bis 200 Gramm Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — bis 160 Gramm Hackfleisch **oder** bis 200 Gramm Wurst.

Personen zwischen 1 und 6 Jahren
auf die Marken 1 bis 4 bis 100 Gramm Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — bis 80 Gramm Hackfleisch **oder** bis 100 Gramm Wurst.

Die Bedarfsscheine zum Bezug von Frischfleisch auf die Kundenliste B werden für die Gast-, Schank- und Speisewirtschaften in Höhe von 5 Prozent mit Frischfleisch durch die Fleischer und in Höhe von 10 Prozent mit Spanferkelfleisch durch die Vereinigung der Hotel-, Gast- und Cafewirtevereine zu Dresden, Geschäftsstelle: Breite Straße 16 (Fernsprecher 15165) beliefert.

Bis zu der demnächst erfolgenden Neufestsetzung gelten in der Stadt Dresden zur Zeit noch die in der Bekanntmachung vom 8. Januar 1918 veröffentlichten **Höchstpreise**, und zwar:

		für 1 Pfund
a)	Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage sowie Zunge mit Knochenbeilage	2.10 M.
		1.80 „
b)	Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage	2.50 „
c)	Hackfleisch	1.80 „
d)	Blutwurst	1.80 „
e)	Leberwurst	1.90 „
f)	Fleischwurst	

Dresden, am 5. Februar 1918.

Der Rat zu Dresden, Lebensmittelamt.

Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Deuben und Umgegend.

Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. November 1917 werden mit Wirkung vom 25. Februar 1918 an die Beiträge auf 4½% und die Grundlöhne der Versicherten bis auf 10 M. erhöht.

Demzufolge ändern sich außer dem Grundlohn die Lohnstufeneinteilung, die Wochenbeiträge und die baren Unterstützungsleistungen. Als Grundlohn gilt das nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise festgesetzte Tagesentgelt bis zu 10 M. für den Arbeitstag.

Auf dem von der Kasse an die Arbeitgeber gesandten Meldeformulare sind sämtliche zur Zeit Beschäftigten nach dem jetzt tatsächlichen Verdienst aufzuführen und bis spätestens 9. Februar 1918 in der Kassenstelle abzugeben. Es wird deshalb zur Verhütung eigenen Schadens dringend empfohlen, zu prüfen, ob alle Versicherten den höheren Löhnen entsprechend gemeldet sind.

Es wird auch nochmals darauf hingewiesen, daß Aufwärterinnen in Privathaushaltungen und Gewerbebetrieben, ebenso Lehrlinge und Lehrmädchen ohne jede Entschädigung krankenversicherungspflichtig sind. Unständig Beschäftigte, wie Waschfrauen usw., die nur tageweise arbeiten, haben sich selbst bei der Kasse zu versichern. Anmeldung ist allen Fällen ist deshalb der beste Schutz vor Strafe und anderen Nachteilen; über die Versicherungspflicht entscheidet die Kasse selbst.

Tabellen über die neue stufenweise Klasseneinteilung der Beiträge sind an Kassenstelle zu entnehmen.

Deuben, am 1. Februar 1918. [W 12

Der Vorstand
der Allgem. Ortskrankenkasse Deuben und Umg.
Oskar Hartmann, Vorsitzender.

4. Reichst.-Wahlkreis Dresden-N.

Bezirke 1 bis 6. [S 439

Freitag den 8. Februar, abends 8½ Uhr

Sitzung

in den bekannten Lokalen. **Der Vorstand.**

SARRASANI

Allabendlich **7** Uhr. Sonnabend, Sonntag, Mittwoch auch **3** Uhr. Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus

TORPEDO — — LOS!
Ein Schaustück begeisternd Kinder und Erwachsene

1. Bild: **Die Welt explodiert.** 2. Bild: **Der Spion.** 3. Bild: **Wettfahrt von Auto und Schnellzug.** 4. Bild: **Das Fest der Blaujacken.**

Auftreten des berühmt. Fu mos-läufers Ritt. Camillo Mayer

5. Bild: **Im Innern des U-Boots.** 6. Bild: **U-Boot auf hoher See.** 7. Bild: **Baralong.** Ein Bild von schauriger und ergreifender Eindrucksgewalt. 8. Bild: **Zeppeline über London.** 9. Bild: **Heldenfeier.**

Toledo Gastspiel der Lorch-Familie und der spanischen Tänzerin **Cuenca Tavera**

Der Deckenläufer [S 50

Sarrasani-Trocadero: Allabendlich 6—11½ Uhr **Heit. Stimmungs-Abende.**

Vereinshaus.
Wie Friedesinchen den Frieden suchte
Aufführungen: 2., 5., 10., 14., 17., 19., 24. Febr., 3., 6. März
(Vorverkauf im Invalidendank und Höckners Buchhandlung, Dresden-N.) [S 19

Musenhalle. [W 65

Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17. Straßenbahnl. 7, 18, 22
Tägl. abds. 8.10. Mit großem Beifall aufgenommen.
Nur noch bis **mit Mittwoch!**

Sherlock Holmes Äußerst spann. Detektivkomödie in 4 Akten von Bozenhard Neu für hier. Neue Ausstattung.

Soeben ist erschienen:

Protokoll
über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Abgehalten in Würzburg am 14. bis 20. Oktober 1917
Preis broschiert 3 Mark
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Dresden,** Wettinerpl. 10, und die Austräger der Volkszeitung

Dresdener Philharmonisches Orchester
XVII. Volks-Sinfonie-Konzert

Morgen Donnerstag den 7. Februar 1918, abends 7½ Uhr, im **Gewerbehaus**
Leitung: **Florenz Werner.** Solistin: **Lotte Kreißler.**
Programm: 1. H. Goetz: Sinfonie F-Dur, Werk 9. 2. A. Hollstein: Zigeunermädchenlieder. 3. Fr. Lisz: Rhapsodie Nr. 1 F-Dur (an Hans v. Bülow).
Preise der Plätze: Mittelsaal 96 Pf., Hinter- und Seitensaal 80 Pf., Galerie-Stehplatz 70 Pf. (einschl. Steuer und Garderobe). [S 77
Nächsten Sonntag: **Zwei grosse Wunsch-Konzerte.**

„Heimatdank“
Oeffentlicher kostenloser Arbeitsnachweis f. Kriegsinvalide
Geschäftsstelle:
Dresden-A., Schiessgasse 14, Eingang A.

Maschinenschlosser und Werkzeugschlosser werden angenommen
The United Cigarette Machine Comp. Filiale Dresden
Dornblüthstraße 43. [S 243

Tücht. gelernte Schlosser
sofort gesucht.
Maschinenfabrik Kreiselrad, Wachsbleichstr. 26. [S 20

Maschinenschlosser, Dreher Horizontalbohrer [S 243
in dauernde Beschäftigung sucht
Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Tüchtige
Dreher u. Schlosser
sofort gesucht.
„Universelle“
Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.
Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17. [S 19

Geübte Strohhut-Maschinen-Näherinnen
in dauernde Arbeit für Puppenhüte gesucht.
Bruno Eichhorn, Schnorrstraße 28, pt. [83

Werkzeugschlosser
für die Anfertigung von Lehren zu elektr. Apparat. in dauernde Stellung gesucht. [S 119
„Rheostat“, Leipziger Str. 31.

Maurer
namentl. für Kessel u. Schornsteine, gesucht. [S 19
H. R. Heinicke, Chemnitz, Wilhelmplatz 7.

Für Braunsdorf
wird eine zuverlässige
Zeitungsausträgerin
sofort gesucht. Zu melden bei Frau **Büttner.**

Tuenschuh-Kursus
beginnt jeden Montag, auch für größere Schulmädchen [S 8160] **Schumannstr. 39.**

Wegen nötigen Bedarfs zahle ich hohe Preise für
Ausgek. Frauenhaar.
Haaratelier Oppelts r. 21.
Fernruf 17861.

Kartonnagen-Arbeiterinnen
für dauernde Beschäftigung.
Kartonnagen-Lehrmädchen
bei sofortig. Vergütung werden angenommen von [S 88
Aktiengesellsch. f. Kunstdruck Zweigfabrik Dresden
Ludwig-Hartmann-Str. 54, 2.

Schöne, sonnige Wohnung
3 Z., K., gr. Wohnk., Inn.-Kl., Zubeh., pr. 1. April z. verm.
Coschütz, Bismarckstr. 24, 1., b. **Röhmer.** [W 50

Weinflaschen St. 15 ₰
Zeitungen geb., Kilo 26 ₰
Zahn-Gebisse Zahn 55 Pf
Brennstifte Platin Gr. 7.50 M
Möbel aller Art, Kücheneinrichtg. [S 340
Sekt- u. Weinkorke
Frauenhaare kauft zu Höchstpreisen
Tager, Schreiberg. 19, 1. Tel. 2.6.2 Komme abholen.

Achtung! Kaufe alte Gebisse
Zahle pr. **Zahn 55 Pf.,** für **Platin** per Gr. Höchstpreis 7.50 M.
Alte Taler und **Münzen**
Zeitungen
Druck- u. Schreibpapier zahle per Kilo **25 Pf.**
Ausgekämmt. **Frauenhaar**
Bindfaden, alte Kämme
Hausmann, Tel. 12520,
nur Webergasse 23, 1.
Sonnabd. geschlossen. [S 388

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 25 Pf.
Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10.

Gutgetrocknete
Äpfel- und Birnenschalen
jede Sorte getrennt, kauft jedes Quant., auch kleinste Mengen, **zum Preise von M. 1.— pro Kilo Max Stamm, Dresden.** Angebote u. Lieferungen erbeten an die Hauptsammelstelle für den Bezirk Dresden: **Otto Hollack, Dresden-A., Geroldstr. 16, und die durch Plakate kenntlichen Zweigsammelstellen.** [S 337

• Möbel •
aller Art und **Federbetten,** Singernähm. H.-Pelz (Waschbärfr.) preisw. zu verk. [S 340
Langermann, Gr. Brüdergasse 11, 1., Eing. Quergasse.

4 Federbetten
Nähmaschine
Schlafstuben-Einr., zerlegb., Schrank, Vertiko, Lederstühle, Spiegel m. Kons., 2 Salontische, Dipl.-Schreibt. sind preisw. z. verkauf. b. **Tager,** Schreibergasse 19, 1. [S 340

W. Morris:
Kunde von Nirgendwo
Ein utopischer Roman
Herausgegeben von Wilh. Liebknecht.
Preis 1.25 M.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10

Papagei (gelehrig) z. kaufen gesucht. Offert. m. Preisang. u. G. B. 51 a. d. Exped. d. Bl. [B 3173

Holzbündelmaschinen jeder Bauart fertigt und empf. **F. Dräger,** Freiberg. Str. 19

3 neue schöne Kücheneinrichtg. bill. z. vf. Anzuf. 2–3 Uhr **Löbtau,** Herbertstr. 22 Hh. Triebel [S 163

Eleg. Kinderwagen und Klappwagen bill. z. vf. Lpzgstr. 19, 1.

Gummileder-Besohlung
ist und bleibt der vollkommenste **Ersatz** für **Kernleder,** wenn nach meiner bewährten
Besohlungsmethode
(wasserbeständiges Klebeverfahren)
ausgeführt.
E. Bareiß [S 115
Oberseergasse 12 — Ecke Prager Straße Wettinerstraße 15.
Annahmestelle: Dresden-N., Görlitzer Straße 31.

Im Verlag **Kaden & Comp.** ist erschienen:
Edgar Hahnewald
„Trümmer“
Kriegserzählungen
128 Seiten
Preis broschiert 90 Pf.
in besserer Ausstattung 1.30 M.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

6. Kreis, Gruppe Cotta.

Hierdurch allen Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Ernst Schröder

infolge Schlaganfalls im 59. Lebensjahre gestorben ist. Ehre seinem Andenken! [S 453
Die Einäscherung erfolgt Freitag nachm. 5¾ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Verwaltung.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Cotta

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß unser langjähriges, treues Vorstandsmitglied

Herr Ernst Schröder

plötzlich und unerwartet verschieden ist. — Die Einäscherung erfolgt Freitag nachmittag 5¾ Uhr. [W 17
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Gesamtvorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Louis Richter, Tischler

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! [S 510
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag vorm. 11½ Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater und Großvater

Christian Gottlieb Ernst Schröder

im Alter von 58 Jahren plötzlich und unerwartet verschieden ist. Dies zeigt tiefbetrübt an:
Dr.-Cotta (Klopstockstr. 11), am 6. Febr. 1918
Marie Schröder nebst Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag den 8. Februar, nachm. 5¾ Uhr, in Tolkewitz statt. [17

Für die so zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die uns aus Anlaß des Hinscheidens unserer lieben, guten, unvergeßlichen Mutter, Schwiegermutter und Großmutter [S 370

Frau Wilhelmine verw. Bätznisch

dargebracht wurden, sagen wir allen den herzlichsten Dank. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Sächsische Angelegenheiten.

Die Wahlrechtsfrage im Verfassungsausschuß.

Infolge der in der vorletzten Sitzung des Verfassungsausschusses gefaßten Beschlüsse, über die wir vor acht Tagen berichtet haben, kam es dort erneut zu einer kurzen Verhandlung über die Wahlrechtsfrage. Die seitherige Behandlung war zu einem gewissen Abschluß gekommen, nachdem alle Anträge abgelehnt worden waren. Der Ausschuß stand also vor einem völlig negativen Ergebnis. Doch war noch ein Antrag in Aussicht gestellt worden. Dieser Umstand hatte bewirkt, daß am Schluß des vorigen Landtags noch kein Bericht über die Wahlrechtsfrage erstattet worden war, wozu ja außerdem auch kaum noch Zeit gewesen wäre.

Bei den gestrigen Verhandlungen gab der liberale Berichterstatter, Abg. Brodauf, zunächst einen gedrängten Ueberblick von den seitherigen Verhandlungen und Beschlüssen, während der sozialdemokratische Berichterstatter daran erinnerte, daß der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, der die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aller Reichsangehörigen unter Anwendung des Verhältniswahlsystems fordert, noch nicht erledigt sei und daher schon ein Grund vorliege, die Beratungen erneut aufzunehmen. Der Antrag wurde seinerzeit trotz dem Einspruch unserer Genossen unter der Begründung zurückgestellt, eine inzwischen von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Wahlrechtsinterpellation hätte die Wahlrechtsfrage direkt an die Kammer gebracht und damit den sozialdemokratischen Antrag der Ausschußberatung entrückt.

Gegen die nachträgliche Erledigung des sozialdemokratischen Antrags wandte sich nur der konservative Berichterstatter, der die Ansicht vertrat, daß für den Ausschuß die Wahlrechtsfrage erledigt sein müsse, nachdem alle Anträge, auch ein solcher auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts, abgelehnt worden seien. Sodann kündigte der nationalliberale Abg. Dr. Seyfert einen neuen Antrag an, dessen Inhalt er vorläufig nur skizzierte. Der Ausschuß beschloß daraufhin, erneut in die Beratung der Wahlrechtsfrage einzutreten. Kurz darauf ging auch der angekündigte nationalliberale Antrag ein, der folgenden Wortlaut hat:

Wir beantragen, die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, durch die an Stelle des jetzt geltenden Wahlrechts das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gesetzt werde in Verbindung mit der Verhältniswahl und mit der Gewährung von zwei Zusatzstimmen, für die in erster Linie das Lebensalter, nicht aber Vermögen, Grundbesitz oder Bildungszeugnis maßgebend sein sollen.

Unterzeichnet ist er von allen dem Verfassungsausschuß angehörenden nationalliberalen Mitgliedern (Dr. Seyfert, Anders, Langhammer, Schnabel und Dr. Zöphel).

Im Grunde gibt dieser Antrag eine Forderung wieder, die seither im Verfassungsausschuß bereits von einem nationalliberalen Vertreter (Dr. Seyfert) geltend gemacht worden ist, allerdings etwas abgeschwächt. Diese Forderung wurde am 5. September v. J. bei der damaligen Beratung der Wahlrechtsfrage in Gestalt eines Eventualantrags zum Wahlrechtsantrage der Fortschrittler eingebracht, der eine Einführung des Reichstagswahlrechts und der Verhältniswahl forderte. Er besagte, für den Fall der Ablehnung des fortschrittlichen Antrags beantrage er, daß auf Grund des allgemeinen — nur durch Einführung einer Altersstimme abgestuften — Wahlrechts die Verhältniswahl eingeführt werde. Dieser Antrag fiel bei der Abstimmung, weil von den Nationalliberalen nur der Antragsteller dafür stimmte. Unsere Genossen stimmten dafür, nachdem ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts abgelehnt worden war. Der damalige Standpunkt der nationalliberalen Mehrheit kam durch folgenden Antrag Hettner zum Ausdruck:

Die Kammer wolle beschließen, mit Rücksicht auf die durch den Weltkrieg veränderten Verhältnisse die Regierung zu ersuchen, auf Grund der bei den nächsten Wahlen für die Zweite Kammer und auf Grund der nach dem neuen für Preußen in Aussicht gestellten Wahlrecht erstmalig machenden Erfahrungen zu prüfen, ob das jetzt geltende Wahlgesetz für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom 5. Mai 1909, das in der Stimmenbewertung und in der Wahlkreiseinteilung Mängel aufweist, abgeändert und die jetzige Verschiedenheit in der Bewertung der Wähler bei Einführung der Verhältniswahl geändert oder beseitigt werden kann, und je nach dem Ergebnis dieser Prüfung dem ersten nach den Neuwahlen zusammentretenden Landtage eine Vorlage oder eine Denkschrift vorzulegen.

Dieser Antrag wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Nationalliberalen im September vorigen Jahres im Ausschuß abgelehnt. Vergleicht man diesen Antrag mit dem neuen, der oben wiedergegeben ist, wird man zugeben müssen, daß er wesentlich anders geartet ist. Allerdings bleibt er hinter der ersten Wahlrechtsforderung von Dr. Seyfert zurück, der ursprünglich nur eine Altersstimme forderte, während jetzt zwei Altersstimmen vorgeschlagen werden. Aber für die eine Altersstimme trat nur Dr. Seyfert allein ein, während der neue Antrag offensichtlich von der nationalliberalen Fraktion herrührt. Das ist ein wesentlicher Unterschied, vor allem auch hinsichtlich einer Mehrheitsbildung im Verfassungsausschuß und der Zweiten Kammer. Diesmal würde eine Mehrheit für den Antrag zustande kommen, wenn die sozialdemokratischen Vertreter dafür stimmen könnten. Wir brauchen nicht eingehender darzulegen, daß der neue nationalliberale Antrag unseren Wahlrechtsforderungen durchaus nicht entspricht; doch wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion prüfen, ob er wenigstens als kleineres Uebel akzeptiert werden kann, das einen kleinen Schritt nach vorwärts verheißt.

Mit der Verwaltungs-Vereinfachung

müßte sich der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer auch gestern wieder ab. Nach zweistündiger Debatte einigte man sich im wesentlichen dahin, daß leitende Beamte von kleinen und minderwichtigen Arbeiten ferngehalten werden und mehr Fühlung mit der Bevölkerung suchen sollten. Dabei wies der nationalliberale Berichterstatter auf England und andere Staaten hin, wo die Minister mehr Verbindung mit dem Volke hätten. Darauf wurde von sozialdemokratischer Seite bemerkt, daß das nicht an irgend einer verwaltungsrechtlichen Bestimmung liege, sondern darauf zurückzuführen sei, daß sich die Regierungen anderer Länder auf die Volksvertretung und damit auf das Volk selbst stützten, bei uns aber gegen die Volksmehrheit regiert werde. Wollte man darin eine Aenderung schaffen, würde man mit irgend einer Veränderung oder Vereinfachung in der Verwaltung nichts erreichen, da müsse man sich schon zu einer durchgreifenden Reform der Verfassung entschließen. Man überschätze die Vereinfachungsbestrebungen, wenn man glaube, durch sie ein besseres Regierungssystem erreichen zu können.

Des weiteren wurden noch die Fragen erörtert, ob man die Generaldirektion der Kgl. Sammlungen und die Staatsschuldenverwaltung aufheben und die Bauämter zusammenlegen solle. Eine längere Diskussion rief der Abschnitt der Richtlinien wach, der die Einsetzung von Beiräten forderte. Dabei wurde der Standpunkt vertreten, daß die Zusammensetzung der Ausschüsse im Landtag mitwirken, besonders die grundlegenden Bestimmungen dafür mit beschließen müsse. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man will übrigens die Leitsätze nur in der Form verabschieden, daß man dem für die Vereinfachung einzusetzenden Kommissar die von dem Ausschuß gutgeheißenen Forderungen nur zur Erwägung unterbreite.

Anträge und Interpellationen im Landtage.

Die Unabhängigen haben folgende Interpellation in der Zweiten Kammer eingebracht:

Ist der Regierung bekannt, daß wie im Reiche so auch in Sachsen Demonstrationsstreiks für den Frieden sowie für andere politische Forderungen und für bessere Regelung der Ernährungsfrage stattfanden?

Kennt die Regierung die einzelnen Forderungen der Streikenden und ist sie gewillt, im Sinne dieser Forderungen zu wirken?

Billigt die Regierung das Vorgehen der Generalkommandos gegen die Streikenden?

Von konservativer Seite ist dieser Antrag eingegangen:

Die Kammer wolle beschließen:

Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, zum Zwecke einer zur Sicherung der menschlichen Ernährung notwendigen Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche dafür besorgt zu sein,

1. daß
   a) ausreichendes gutes Saatgut zu angemessenen Preisen sichergestellt wird, und daß seine Ablieferung, soweit es noch nicht geschehen ist, rechtzeitig an die Saatgut benötigenden Erzeuger erfolgt,
   b) pre swerte und ausreichende Düngemittel, sowie
   c) tierische und menschliche Arbeitskräfte, insbesondere Betriebsleiter zur Verfügung gestellt und
   d) die nötigen Betriebsmittel zur Inbetriebsetzung von Maschinen, wie Benzol usw., zur gegebenen Zeit bereitgestellt werden;
2. daß die zur Versorgung der Bevölkerung und des Heeres nicht notwendigen Kartoffeln nach der Ernte sobald wie möglich den Erzeugern freigegeben werden.

Zum Mitglied der Ersten Kammer

wurde an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers Steiger Kleinbautzen der Rittergutsbesitzer Generalleutnant Hempel auf Ohorn bei Pulsnitz von den Rittergutsbesitzern dieses Bezirks gewählt.

Aus der Brandversicherungskammer.

Inländischen Gemeinden scheint es noch nicht überall hinreichend bekannt zu sein, daß für die bei der Sächsischen Landes-Brandversicherungsanstalt versicherten Gebäude wegen der durch den Krieg geschaffenen erhöhten Wertverhältnisses ein abgekürztes Schätzungsverfahren eingeführt worden ist. Hiernach kann jeder Versicherungsnehmer bei der unteren Verwaltungsbehörde (Amtshauptmannschaft oder nach Befinden Gemeindevorstand) eine neue Schätzung zur Erlangung einer höheren Gebäudeversicherungssumme schriftlich oder mündlich beantragen. Jedenfalls ist es nicht nötig, daß sich jemand dazu einer Mittelsperson bedient und sich unnütze Ausgaben dafür auferlegt. Als solche Mittelsperson ist z. B. neuerdings eine Person aufgetreten unter dem Vorgeben, daß sie Guts- und Hausbesitzern eine Erhöhung ihrer Brandkasse erwirken könne und hat sich diese Vermittlung bis zu 3 M. vergüten lassen.

Schüler im Dienste der Kartoffelversorgung.

Die Stadt Leipzig hat sich zur Erleichterung der Verkehrsschwierigkeiten bei der Winterkartoffelversorgung der Unterstützung von Schülern der höheren Lehranstalten bedient. Auf Veranlassung des städtischen Kriegsernährungsamtes wurde eine städtische Fahrstelle errichtet, der mehrere hundert Handwagen zur Verfügung gestellt wurden. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt. Insgesamt sind von den Schülern für den Kartoffelhandel und Großbetriebe 6500 Zentner von den Bahnhöfen abgeholt und den einzelnen Haushaltungen zugeführt worden. Zur Hilfeleistung wurden ferner Schüler bei der Einmietung der städtischen Vorräte herangezogen. In Gemeinschaft mit Soldaten und Tiefbauarbeitern wurden von ihnen Eisenbahnwagen entleert, die Kartoffeln auf kleine Feldbahnwagen verladen und eingemietet. Insgesamt haben die Schüler etwa 45 000 Zentner Kartoffeln und Rüben eingemietet. Eine weitere Aufgabe erwuchs der Fahrstelle, als es galt, auf dem Hauptbahnhof die ungewöhnlichen Stauungen des Güterverkehrs infolge starker Zufuhr der durch die Haushaltungen selbst bezogenen Kartoffeln zu beseitigen. Zur Abfuhr der Kartoffeln kamen hier noch das beschwerliche Suchen nach den einzelnen Sendungen unter den Mengen der ankommenden Kartoffelsäcke, das Ordnen der Frachtbriefe, de Einziehung des Roll- und Bestellgeldes und dergleichen. Die abgefahrenen Mengen beliefen sich auf 3600 Zentner, die eingehobenen Frachten auf 1628 M.

Zeitungspapiersammlung.

Zur unerläßlichen Schonung der Strohbestände muß auch weiterhin altes Zeitungspapier zum Füllen der Bettsäcke unserer Soldaten verwendet werden. Deshalb ist erneut eine Zeitungs-Papiersammlung veranstaltet worden, die sich diesmal auf längere Dauer und auf Stadt und Land erstreckt. Sammelstellen sind in allen Schulen und in vielen Orten auch in Räumen der Gemeindeverwaltungen errichtet; sie sind durch Plakate kenntlich gemacht. Die Schuljugend hat sich wieder in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt.

An die Einwohner von Stadt und Land ergeht die Bitte, diese gemeinnützige Sammlung durch rege Beteiligung zu unterstützen. Es wird gebeten, alles entbehrliche Zeitungspapier entweder den Schülern und Schülerinnen mit auf den Schulweg zu geben oder an die nächste Sammelstelle abzuliefern. Wenn auch altes Zeitungspapier mancherlei Verwendung als Ersatzstoff gefunden hat und seltener geworden ist, so wird doch noch viel Papier nutzlos beiseite gelegt oder nebensächlich verwendet. Auch kleine Mengen sind willkommen und tragen zu einem Gesamterfolg bei. Der Bedarf ist groß, da nicht nur das Besatzungs-, sondern auch das Feldheer in Frage kommt. (K. M.)

Hohenstein-Ernstthal. Unsere Stadt zahlte bis Ende 1917 insgesamt 1 853 258 M. Arbeitslosenunterstützung aus, wovon vom Reich, Staat und Bezirk rund 1 457 746 M. getragen wurden. Gegenwärtig sind hier noch über 2000 Arbeitslose vorhanden. Diese Zahl dürfte sich aber erhöhen, da demnächst noch weitere Webbetriebe wegen Papiergarnmangels schließen müssen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Arbeiter Willi Lindner aus Gersdorf verunglückte auf dem Güterbahnhof in Hohenstein-Ernstthal beim Verschieben von Wagen tödlich. Er starb nach kurzer Zeit im Zwickauer Krankenhaus. — Der Leichnam eines Soldaten ist in Meißen am rechten Elbufer oberhalb der Eisenbahnbrücke angeschwommen. Es handelt sich um einen seit Mitte Januar bei seinem Truppenteil in Dresden vermißten Soldaten S. aus Kroptawitz bei Döbeln. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. Die Leiche wurde der Militärverwaltung übergeben. — Der Sturm, verbunden mit Rauhfrost, hat in den Wäldern der Zittauer Gegend großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Bäume sind umgeknickt oder schwer beschädigt und auch die Telephon- und Telegraphenleitungen sind vielfach zerstört, so daß die Verbindungen unterbrochen worden sind.

Stadt-Chronik.

Brauchen wir noch Massenspeisungen?

Seit etwa einem halben Jahre hat in gewissen Kreisen die große Fürsorge für die Massenspeisungen einer mehr abwartenden Haltung Platz gemacht. Beweis dafür ist auch der Erlaß des preußischen Staatskommissars für Volksernährung, der den Gemeinden wieder das Gewissen schärfen will.

Wenn an manchen Stellen etwa die Auffassung herrschen sollte, daß der Rückgang, der natürlich mit der Ernte 1917 und der Kartoffelzufuhr im Besuch der Massenspeisung kommen mußte, schon ein Ende der Massenspeisung bedeutete, muß man nach dem inzwischen wieder einsetzenden regeren Besuch doch wohl eines Besseren belehrt worden sein; bereits zeigen die Zahlen der Besucher in verschiedenen Großstädten eine starke Aufwärtsbewegung.

Heute ist die Frage aufzuwerfen: Kann eine ähnlich starke Zunahme wie 1917 zu erwarten sein oder gar darüber hinaus ein noch höherer Zuspruch?

Im allgemeinen haben wir in den dreiundeinhalb Jahren gelernt, daß die Kriegsküchen ein feinfühliges Uhrwerk sind, das auf jede Veränderung des Lebensmittelmarktes reagiert. An den auf- und absteigenden Linien der Massenspeisungsbesucher kann das Hin und Her der Nahrungsmittelzuteilung im großen wie im kleinen beobachtet werden.

Das Publikum geht mit Recht von der Ansicht aus: Wenn nichts mehr in Küche und Keller ist, bleibt noch die öffentliche Anstalt, dort muß immer etwas sein.

Dem muß die Leitung der Massenspeisung Rechnung tragen, sie muß für Vorräte sorgen, wenn wenig Gäste in die Küche kommen. Dann ist nämlich die Lebensmittelzufuhr am besten bestellt. Wollte die Verwaltung erst einkaufen, wenn der Andrang der Gäste kommt, würde sie einen leeren Markt finden.

Wie liegen nun die Dinge für 1918? Wir haben es mit einem Jahr zu tun, wo die Kartoffel, der Grundstock der Volksernährung, in reichlicherer Menge vorhanden ist als im vorigen Jahre. Wir wissen aber auch, daß das Kriegsernährungsamt bisher alle Wünsche, die über 1 Pfund pro Tag und Kopf gingen, abgelehnt hat. Diese Tatsache wird sich gegen März, vielleicht hier und da schon früher, in einem starken Zudrang zu den Massenküchen äußern. Dann werden nämlich verschiedene Haushaltungen eine große Leere in ihrem Vorratskeller feststellen und ihre Zuflucht zur Kriegsküche nehmen müssen.

Ein weiterer sehr ernster Grund für diese Auffassung ist das gänzliche Fehlen der Gemüse; ehe die Zuschüsse der Ernte von 1918 fühlbar werden, wird es Mitte des Jahres sein; auch dann sind sie für die große Masse noch zu teuer. Dieses Minus an Gemüsen in konservierter, eingesalzter oder gedörrter Art muß im zeitigen Frühjahr weitere Tausende, die heute noch einen Bogen um die Kriegsküchen machen, in diese treiben.

Der Mangel an Nährmitteln kommt hinzu. Wir haben wenig Vorräte an Hafer, Gerste und Graupen, von Grieß, Reis und Hülsenfrüchten ganz zu schweigen. Mit jeder Woche, mit der wir uns vom Jahre 1917 entfernen, wird das fühlbarer werden; es wird vielen das Kochen im Hause verleiden. So können wir auch aus diesen Gründen mit einem Anschwellen der Gästeschar rechnen. Trifft noch ein, was Unterstaatssekretär Müller prophezeit, daß auch das Brot wieder eingeschränkt wird, dann ist auch das ein Grund, die Massenspeisung sehr ernst zu nehmen.

Zu alledem kommt die kürzlich bekannt gewordene Ueberraschung: die Herabsetzung der Fettration, die praktisch besonders in den Arbeiterküchen der Großstädte wirksam werden wird.

Um nur noch ein Uebel anzuführen: Auch die Heizungsstoffe haben bisher und werden später manchen einen Strich durch den eigenen Kochzettel machen, so daß er lieber zur benachbarten öffentlichen Küche geht. Was sonst noch bedacht werden muß: Zunehmende Frauenarbeit, dadurch Auflösung zahlreicherer Haushalte, die mit der wachsenden Länge des Krieges immer schlimmere Wirkungen auslöst, soll nur flüchtig erwähnt werden. Auch die Hilfsdienstpflicht regt übrigens mehr und mehr das Bedürfnis für die öffentliche Speisung an.

Aus allen diesen Gründen haben wir das Jahr 1918 im Verdacht, daß in ihm die Gemeinschaftsspeisungen nicht weniger wichtig werden, wie sie es 1917 gewesen sind, wenn auch die Wohltat des größeren Kartoffelsegens so etwas wie einen Ausgleich bringen wird. Von Anfang März bis Ende Juli, also bis zur neuen Kartoffelernte, können wir sehr wahrscheinlich eine Höchstziffer in den Massenspeisungen bekommen. Die Verwaltungen werden gut tun, wenn sie sich jetzt für diese schwierigen fünf Monate reichliche Vorräte sichern.

Parteipolitische Neutralität.

Die Vorkommnisse in Berlin zwischen dem Bund der Kriegsbeschädigten und der Vaterlandspartei veranlaßten den Landesverband Sachsen des Essener Bundes der Kriegsbeschädigten zu einer Erklärung in der Dresdner Tagespresse, aus der hervorgeht, daß die Essener nichts mit dem Berliner Bunde gemein haben und daß die Essener Vereinigung zur Friedensfrage keine Stellung nimmt, weil sie überhaupt keine Parteipolitik treibt.

Am 24. November 1917 schreibt aber Der Kriegsbeschädigte, das Organ des Essener Bundes:

„Kameraden! Durch das Vorgehen des Bundes (gemeint ist der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer) sind auch wir gezwungen, Stellung zur Friedensfrage zu nehmen. Wir setzen uns zusammen aus Angehörigen aller Parteien. Wir sind aber in erster Linie Kriegsbeschädigte, und als Kriegsbeschädigte nehmen wir auch Stellung zum Frieden....“

Nach einem langen Sermon über einen schlechten Frieden und die daraus folgenden schlechten Zeiten, heißt es dann weiter:

„Einem Toren würden wir gleichen, wenn wir für einen Verzichtfrieden einträten. Unser Kapital, das wir draußen anlegten, muß Zinsen bringen! Sicherlich ersehnen wir den Frieden. Das starke, blühende Deutschland, für das wir kämpften und bluteten, kann nur aus einem guten Frieden hervorgehen, einem Frieden,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der der gebrachten Opfer wert ist, für den wir hiermit laut im Gegensatz zu dem Berliner Band eintreten."

Nach Ansicht des Gauleiters der Essener ist das natürlich keine Stellungnahme zur Friedensfrage. Es ist auch keine Politik, obwohl dieser Frieden dem der Vaterlandspartei wie ein Ei dem andern gleicht. Hier können die Kameraden deutlich sehen, wohinaus die Essener wollen. An diesen beiden Veröffentlichungen muß jeder denkende Kamerad die Schaukeltaktik der Essener erkennen und daraus die richtige Lehre ziehen. Jeder entlassene Kriegsbeschädigte muß Mitglied werden im Bunde der kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Sitz Berlin). Ortsgruppe Dresden, Marienhofstraße 38B.

Zur Kleinwohnungsbaufrage.

Um einem zu befürchtenden vorübergehenden Mangel an kleinen Wohnungen unmittelbar nach Beendigung des Krieges vorzubeugen, war in Nr. 27 dieser Zeitung das Teilen großer Wohnungen in kleinere vorgeschlagen und darauf hingewiesen worden, daß die Behörden, insbesondere das städtische Baupolizeiamt selbst, nicht nur bei entgegenstehenden gesetzlichen oder ortsgesetzlichen Vorschriften Nachsicht üben, sondern den Hausbesitzern auch jederzeit mit Rat beistehen würden. Es muß jetzt noch auf eine weitere Gelegenheit, kleine Wohnungen zu beschaffen, hingewiesen werden. In vielen Häusern der Stadt, insbesondere aber wohl den Vororten Plauen, Cotta und Trachau, ist seinerzeit das Dachgeschoß so ausgebaut worden, daß ohne besondere Unkosten darin leicht eine oder zwei Wohnungen eingerichtet werden könnten. Die Einrichtung solcher Dachwohnungen ist aber bisher durch die ortsgesetzlichen Bestimmungen verboten gewesen. Eine milde Handhabung dieses Verbots würden die Zeitverhältnisse gewiß rechtfertigen. Aus anderen Gründen, als etwa wegen der Möglichkeit einer Schädigung der Bewohner an ihrer Gesundheit, sollten jetzt wenigstens solche Dachwohnungen nicht verboten werden.

Um sich keiner Strafe auszusetzen, müßten die Hausbesitzer selbstverständlich, bevor sie solche Wohnungen herrichten und vermieten, bei dem städtischen Baupolizeiamte besonders darum nachsuchen, daß für sie von dem entgegenstehenden Verbote eine Ausnahme bewilligt werde. Wenn aus anderen Erwägungen die Staatsregierung auch nicht wird zulassen können, daß solche sonst verbotene Dachwohnungen nun dauernd bezogen bleiben, so würde doch annehmbar wenigstens für einige Jahre und zwar besonders für die schweren Jahre nach dem Kriege dem Wohnungsmangel beträchtlich abgeholfen werden.

Die Lage der Elbe-Schiffahrtsgesellschaft.

Die Verhältnisse dieses Unternehmens, das schon vor dem Kriege dividendenlos gewesen ist, haben sich während des Krieges wesentlich verschlechtert. Die Ausgaben waren in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres größer als die Einnahmen, und erst seit Oktober hat sich die Sachlage insofern gebessert, als die Monatsausweise wieder mit Ueberschüssen abschließen. Wenn aber auch das Bilanzergebnis passiv sein wird, so haben sich doch die Verhältnisse des Unternehmens im vergangenen Jahre insofern gebessert, als zwei vorteilhafte Transaktionen durchgeführt worden sind. Die eine betrifft den Verkauf eines Teiles (ungefähr 60 Prozent) der Grundstücke in Dresden, die zu einem Preise losgeschlagen wurden, der den Buchwert des ganzen Grundkomplexes übersteigt. Die zweite Transaktion betrifft die Veräußerung der Aktien der Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Die Realisierung dieser Vermögensbestände hat die Gesellschaft in die Lage versetzt, ihre schwebende Schuld herabzumindern, was sich in einer Ersparnis an Passivzinsen äußern dürfte.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Elbeschiffahrt kämpft, dürften, solange der Krieg dauert, fortbestehen, wenn auch kleine Erleichterungen, wie sie namentlich die Aufhebung der Ausnahmetarife der Eisenbahnen mit sich gebracht hat, den Gesellschaften zustatten kommen werden. Nach Friedensschluß erwartet man in beteiligten Kreisen für den Elbeverkehr bessere Zeiten. Man glaubt, daß die Wasserstraße schon wegen der hohen Eisenbahntarife und der verminderten Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen an Bedeutung gewinnen werde. Ferner erwartet man ein Nachlassen der Konkurrenz wegen der sehr bedeutenden Verteuerung neuer Schiffsbauten, da beispielsweise ein Kahn von der Tragfähigkeit, wie sie gegenwärtig auf der Elbe gebräuchlich sind, jetzt 120 000 M. kostet gegen 40 000 M. im Frieden.

Vom Milchpantscher zum Gutsbesitzer.

Der frühere Milchhändler Hugo Alfred Max Walter hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Nahrungsmittelfälschung zu verantworten. Ursprünglich war er Milchkutscher, betrieb denn aber selbst einen Milchhandel, den hauptsächlich seine Frau besorgte. Außerdem fuhr er aber weiter als Milchkutscher. Er goß sowohl in die Magermilch wie in die Vollmilch bei einem großen Teil der Kunden Wasser. So machte sich Walter täglich bis zu 60 Liter Vollmilch gut. Das schlimmste war, daß der Verdacht, die Milch verfälscht zu haben, auf die Kleinhändler fiel. Nach Professor Dr. Benthiers Untersuchung waren in einem nachgewiesenen Falle auf 20 Liter Milch 5 Liter Wasser zugegossen. W. hat auf solche Weise täglich gegen 15 M. „verdient". Jetzt ist er Gutsbesitzer in Schlesien! Das Schöffengericht verurteilte Walter zu sechs Wochen Gefängnis, seine Frau wegen Verkaufs von Milch ohne Marken zu 100 M. oder 20 Tagen Gefängnis.

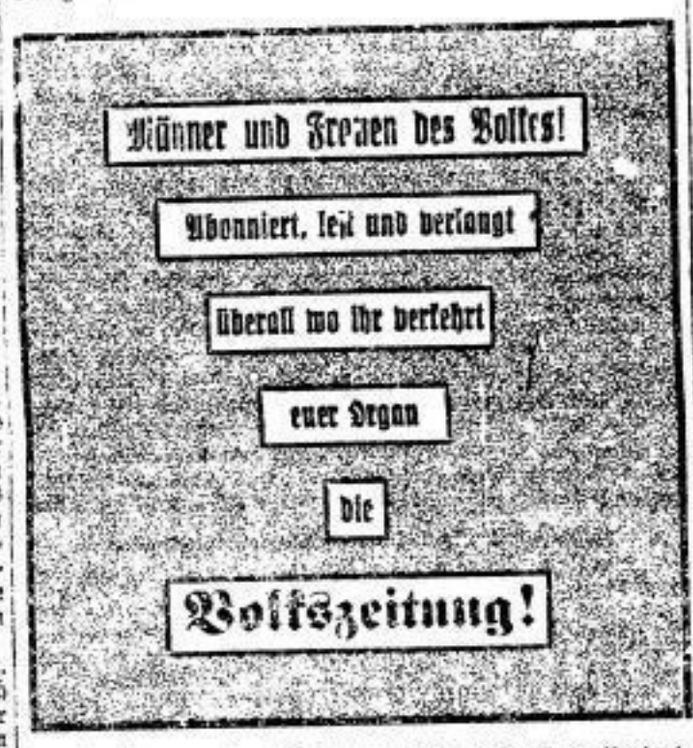
Urlaub der Hilfsdienstpflichtigen.

Den bei militärischen Stellen beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen kann nach einer Verfügung des Kriegsministeriums, bei guten Leistungen und unter der Voraussetzung, daß die rechtzeitige Erledigung der Dienstgeschäfte nicht darunter leidet und die Besetzung einer Vertretung nicht notwendig ist, ein Erholungsurlaub bis zu sieben Tagen, und wenn sie nicht lediglich mechanische Arbeiten verrichten, in besonders begründeten Fällen bis zu vierzehn Tagen im Jahre gewährt werden. Während dieses Urlaubs wird der Lohn weiterbezahlt. Außerdem kann bei wichtigen Anlässen, z. B. bei Todesfall in der Familie, ein auf den Erholungsurlaub nicht anzurechnender Urlaub bis zu drei Tagen, ohne Kürzung des Lohnes, gewährt werden.

Die Frage, unter welchen Umständen und in welchem Umfang Urlaub ohne Lohngewährung bewilligt werden kann, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Dabei sind sowohl die dienstlichen wie auch die privaten Interessen des Angestellten in Betracht zu ziehen. Im allgemeinen ist gegen einen solchen vierzehn Tage nicht überschreitenden Urlaub aus wirtschaftlichen Gründen und gegen einen Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit nichts einzuwenden. Dagegen soll von einer längeren Beurlaubung, z. B. zur Fortführung des eigenen Geschäfts, Abstand genommen werden. In solchen Fällen ist die Entlassung zu verfügen.

Ein alter Parteigenosse verstorben. Infolge Schlaganfalls verschied plötzlich der Parteigenosse Ernst Schröder, Dresden-Cotta, nachdem er am Montag abend von seiner Arbeitsstätte in seine Wohnung zurückgekehrt war. Schröder trat vor 35 Jahren in die Partei ein und bekleidete in dieser Zeit verschiedene Ehrenämter. So wurde er in den achtziger Jahren von den Genossen der vormaligen Gemeinde Cotta in den Gemeinderat gewählt und vertrat zwölf Jahre die Interessen der unansässigen Arbeiter in uneigennütziger Weise, bis er ansässig wurde. Auch als Ansässiger stand er noch verschiedene Male zur Wahl. Von seinen Berufskollegen zum Vorsitzenden der Metallarbeiter-Krankenkasse (Zahlstelle Cotta) gewählt, bekleidete er dieses Amt lange Jahre und wurde öfters zu Kongressen delegiert. Schröder war bis in die letzten Jahre noch im gewerkschaftlichen und politischen Leben tätig. Er war einer von der alten Garde, der die Absplitterung von der Partei scharf verurteilte. Seine Genossen und Berufskollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Einäscherung erfolgt Freitag, nachmittags 3¾ Uhr, im Tolkewitzer Krematorium.

Bezug von Hülsenfruchtsaamen. Der Handel mit Hülsenfruchtsaatgut wird nicht freigegeben. Lediglich bei den vom Kriegsernährungsamt als Gemüsesaatgut bezeichneten Sorten und bei den anerkannten und Originalsaaten (nicht bei Handelssaatgut) wird die Reichsgetreidestelle ausnahmsweise auf besonderen Antrag dem Erzeuger den Verkauf an Kommunalverbände, Saatstellen oder von der Reichsgetreidestelle zum Handel mit Hülsenfruchtsaatgut zugelassene Händler genehmigen. Außer dieser Absatzgenehmigung ist daneben die Ausstellung einer Saatkarte erforderlich. Wenn das Saatgut versandt werden soll, bedarf es weiter einer Versandgenehmigung durch die Reichsgetreidestelle. Handelssaatgut ist nur gegen Saatkarte und nur durch die Vermittlung der Kommunalverbände erhältlich, denen die Reichsgetreidestelle Saatgut für den Bedarf ihres Bezirks überweisen wird. Auch



zum Versand von Handelssaatgut bedarf es einer Versandgenehmigung der Reichsgetreidestelle. Saatkarten werden auf Antrag dessen ausgestellt, der Saatgut zu Saatzwecken erwerben will, und zwar von demjenigen Kommunalverband, in dessen Bezirk die Aussaat erfolgen soll; bei Händlern von demjenigen Kommunalverband, in dessen Bezirk der Händler seine Niederlassung hat.

Tagesordnung für die Stadtverordneten-Sitzung am 7. Februar, abends 7 Uhr: Bewilligung weiterer Mittel — 3 200 000 M. — zur Bestreitung der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Ausgaben. Deckung des Fehlbetrags beim Betriebe des städtischen Vieh- und Schlachthofes in den Jahren 1917 und 1918. Vermehrung der Betriebsmittel der Städtischen Straßenbahn nach dem Kriege. Gewährung eines unverzinslichen Darlehns von 100 000 M. auf die Dauer von zehn Jahren an den Frauendank 1914 zur Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute sowie die Uebernahme der Bürgschaft in gleicher Höhe für etwaige Verluste. Schreiben des Rates betr. das Gesuch einer Anzahl Dresdner Frauenvereine um Einräumung eines Vorschlagsrechts für die in eine Anzahl gemischter Ausschüsse der Stadtverwaltung zu berufenden Frauen sowie um Zuziehung von Frauen zu zwei weiteren Ausschüssen (Wohlfahrtspflege- und Krankenpflegeausschuß).

Gehestiftung. Die Bibliothek hat in der Zeit vom 15. Oktober bis 31. Dezember neue Erwerbungen auf dem Gebiet der politischen Hilfswissenschaften, der Rechts- und Staatswissenschaft, der Verwaltung und der Volkswirtschaft gemacht. Die Verzeichnisse dieser Neuerwerbungen sind erschienen. — Sonnabend abend 8 Uhr im großen Saale der Kaufmannschaft, Ostra-Allee, Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Fuchs (Tübingen) über Kriegerheimstätten und Wohnungsfürsorge. Eintritt unentgeltlich gegen Karten, die Kleine Brüdergasse 21 von 9 bis 3 Uhr ausgegeben werden.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche werden auf die Reichsfleischkarte Reihe V, Marken 1—8, wieder 200 Gramm Frischfleisch sichergestellt. Die Belieferung der Kundenliste B erfolgt in gleicher Weise wie in der vergangenen Woche. Für Rind- und Kalbfleisch, sowie Wurst gelten in der Stadt Dresden zur Zeit noch die in der Ministerialverordnung vom 12. Dezember 1917 festgesetzten, in der Ratsbekanntmachung vom 8. Januar 1918 veröffentlichten Höchstpreise. Darüber, ob diese Preise auch weiterhin beibehalten werden können oder ob und wie sie auf Grund der neuen Ministerialverordnung vom 29. Januar 1918 anders festzusetzen sind, wird der Fleischversorgungsausschuß in seiner nächsten Sitzung zu entscheiden haben. Alles Nähere ist aus der Ratsbekanntmachung zu ersehen.

Frühlingsboten. Ein seltenes Naturspiel zeigt sich jetzt im Februar in Obergorbitzer Gärten: die Haselnüsse blühen über und über. Die männlichen Kätzchen, die sogenannten Lämmer, schaukeln sich im Winde und bestäuben durch ihren Samenstaub die winzig kleinen roten weiblichen Blüten. — In der Colschützer Straße wurde ein lebhafter Schmetterling, ein großer orangebrauner Fuchs, gefangen, der dort seine ersten Flugübungen unternommen hatte.

Vierfacher Mord und Selbstmord in Radebeul. In der Nacht zum Dienstag hat der in Radebeul, Marienstraße 17, wohnhafte Kaufmann Haschke sich, seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren mittels Leuchtgas vergiftet. Die Familie befand sich in auskömmlichen Verhältnissen. Haschke zeigte seit langer Zeit ein krankhaft erregtes Wesen, das mit Schwermut abwechselte. In einem solchen Anfalle dürfte er die Tat vollbracht haben. Er scheint aber im Einverständnis mit seiner Frau gehandelt zu haben, denn die Eheleute hatten vorher ihre Verhältnisse geordnet und letztwillige Verfügungen getroffen. Haschke hat, um sein Ziel zu erreichen, durch die Wand von der Küche nach dem Schlafzimmer ein Loch gemeißelt und durch dieses einen Schlauch geleitet, den er mit dem Gashahn der Küche verband. Bei der polizeilichen Oeffnung der Wohnung fand man die fünf Personen entseelt in ihren Betten liegen.

6. Kreis. Bezirk Löbtau-Plauen. Für die Genossinnen findet Donnerstag den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Poisstraße 15, 1., (Lesezimmer) ein Diskussionsabend statt. Referentin: Genossin Gradnauer. Die Genossinnen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Aus der Umgebung.

Dölzschen. Donnerstag den 7. Februar kommen im Verkaufslokal der Gemeinde vormittags von 8½ bis mittags 12½ Uhr Eier gegen Eierkarte, Heringe und Schelle zur Ausgabe. Freitag den 8. Februar Verkauf von Hühner-, Schweine- und Ziegenfutter, vormittags 9 bis 12 Uhr, im Verkaufslokal.

Briesnitz. Seifen-, Fett- und Zuckerkarten-Ausgabe Donnerstag den 7. Februar, vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr im Gemeindeamt, Sitzungszimmer. Bezugsscheinhefte vorlegen. Keine Kinder schicken!

Kemnitz. Donnerstag den 7. Februar Eierausgabe, pro Kopf zwei Stück, und zwar werden die Nummern 1—120 bei Frau Göhler und die Nummern 71—228 bei Herrn Kaufmann W. Hermann beliefert. Die Eier besitzen keine Haltbarkeit und können nicht in der Schale gekocht werden.

Gittersee. In den Buttergeschäften Verkauf eines Eies gegen die Eierkarte. Stück 45 Pf. Belieferung von Abschnitt I der Nährmittelkarten.

Langebrück. Sirup gelangt an die Warenbezugskarteninhaber Nr. 450 bis 823 und 1 bis 34 im Konsumverein zum Verkauf. Jede Person erhält ½ Pfund. Zu entwerten ist Karo 18. Buttererzeuger sind von der Belieferung ausgeschlossen. Verkaufstage: 5 und 7. Februar. — Käse wird an die Warenbezugskarteninhaber Nr. 537 bis 575 am 6. und 7. Februar im Geschäft von Friedrich Claus abgegeben. Jede Person erhält einen Käse zum Preise von 15 Pf. Zu entwerten ist Karo 19. — Saccharin gelangt am 6. und 7. Februar an sämtliche Warenbezugskarteninhaber im Geschäft von Zurk zum Verkauf. Auf jede Warenbezugskarte werden zwei Briefchen zum Preise von 25 Pf. für ein Stück verabreicht.

Deuben. Auf Abschnitt 7 der Haushaltungskarte können in hiesigen Grünwarenhandlungen und Konsumvereinverkaufsstellen bis zu drei Pfund Möhren käuflich entnommen werden. Verkaufspreis 16 Pf. pro Pfund. Wiederverkäufer können beliebige Mengen von Herrn Döring, Krönertstraße, direkt beziehen. — Auf den angemeldeten Abschnitt 1 der Nährmittelkarte gelangen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an zur Verteilung: 500 Gramm Grieß auf die weiße Karte A, 375 Gramm Grieß auf die hellgraue Karte B, 250 Gramm Graupen auf die hellbraune Karte C und 375 Gramm Grieß auf die hellgrüne Karte D. Verkaufspreis: 36 Pf. für ein Pfund Graupen und 32 Pf. für ein Pfund Grieß. — Auf jeden Abschnitt 6 der Haushaltungskarte (ohne Unterschied der Farbe) kann in der hiesigen Apotheke eine 11 Packung Saccharin für 25 Pf. käuflich bezogen werden. — Eierverteilung erfolgt vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an in den bekannten Eiersammelstellen. Es wird abgegeben auf jeden Abschnitt (28. Januar bis 3. Februar) der Eierkarte ein Ei zum Preise von 45 Pf. Für Gastwirtschaften sind Eierbezugsscheine an Rathausstelle, Zimmer Nr. 3, zu beantragen.

Leuben. Kaffee-Ersatzbezugsscheine für Großverbraucher (Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw.) auf die Zeit vom 1. März bis mit 14. April 1918 sind bis spätestens Freitag den 8. Februar im Rathaus, Zimmer 13, zu beantragen. — Die Brennspiritusmarken auf Monat Februar kommen Donnerstag den 7. Februar in der Zeit von 8 bis 9 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer 12, gegen Vorlegung der gelben Warenbezugskarte zur Ausgabe. Es wird darauf hingewiesen, daß in erster Linie nur diejenigen berücksichtigt werden, die bei der letzten Ausgabe im Januar keine Brennspiritusmarken erhalten haben.

Radeberg. Kohlenausgabe in der Glashütte von Kühnert an die Kunden von Ernst Richter Donnerstag den 7. Februar, vormittags 8 bis 11 Uhr, Nr. 1 bis 200, nachmittags 1 bis 5 Uhr, Nr. 201 bis 400 der Kundenliste. Freitag den 8. Februar, vormittags 8 bis 11 Uhr, Nr. 401 bis 600, nachmittags 1 bis 5 Uhr, Nr. 601 bis Ende der Kundenliste. Beliefert wird bis mit 24 der Kohlengrundkarte. Preis für den Zentner 2,50 M. — Eierverteilung. Die vom 28. Januar bis 3. Februar geltenden Abschnitte der Eierkarte werden vom Donnerstag den 7. Februar an mit je einem Ei zum Preise von 45 Pf. beliefert. Der Verkauf findet in den früher bekanntgemachten Geschäften statt. Der Umtausch von Eiern ist nicht gestattet. — Donnerstag den 7. Februar soll im Hofe der Grünen Tanne eine größere Anzahl Reisigbaufen als Brennholz meistbietend versteigert werden.

Ottendorf-Moritzdorf. Die Brennspiritusbezugsmarken für den Monat Februar können von Donnerstag den 7. Februar an im Gemeindeamt (Meldeamt) entnommen werden. Die Abgabe der Spiritusmarken erfolgt nur an minderbemittelte Personen, die Spiritus zu Beleuchtungs- und Kochzwecken benötigen. Anspruch auf Zuteilung haben nur diejenigen, die bei der letzten Ausgabe keine Berücksichtigung finden konnten.

Copitz. Der Abschnitt III der Nährmittelkarte wird beliefert mit: ¼ Pfund Grieß auf Marke A (grün) sowie mit ½ Pfund Nudeln auf abgestempelte Marken B (blau), für ältere Personen mit ½ Pfund Nudeln und ½ Pfund Grütze (blau), für jugendliche Personen nächsten Freitag, während am Sonnabend auf die Marken C (rot) ¼ Pfund kochfertige Suppe oder Sago abgegeben wird. Gesüßte Milch in Büchsen und Puddingpulver können in den hiesigen Geschäften gegen Vorlegung der abgestempelten Lebensmittelkarte am Freitag an entnommen werden. Sonnabend vormittag erfolgt im Kurmgut wiederum die Ausgabe von Kohlrüben und Möhren gegen Vorlegung der Lebensmittelkarten in beschränktem Umfange.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Hrynios Lachen.

Galizische Erzählung von Joseph Luitpold.

Aber Frau Hala lächelte noch immer und sah ihm mit ihren schwarzleuchtenden Augen verdammt freundlich auf die Nasenspitze. Ihr blondes, dichtsträhniges Haar schimmerte wie lauter Gold, ihre blaue Seidenbluse mit dem weißen Umlegkragen war sehr schön.

Und Panewnik salutierte rasch und sagte: „Frau Doktor, ganz wie Sie befehlen!"

Frau Hala nickte noch einmal mit dem Kopfe und war verschwunden.

Dmytro schritt durch die rauschende Herrenallee den Feldern zu.

Rings arbeiteten die Alten, die Frauen und die Kinder auf Acker und Wiese. Garben wurden gebunden, Heu wurde gewendet. Hier sah er Wasyl Czaban, den Dorfältesten, mit Ksenia, der Schwiegertochter, und mit Hnat und Hania, seinen Urenkelinnen. Sohn und Sohnessohn standen unter Waffen. Dort schwang Joska Kalita das Getreide, Bund um Bund, auf breiten Wagen. Droben stand ihr Mann, Piotr mit dem Holzfuß, legte alles zurecht und zog die Seile stramm. Jewka und Kasia, die Mägde, banden die Garben.

Dmytro schritt weiter der Kaiserstraße zu.

Was war das?

Er blieb stehen und horchte.

Ein Schuß? Er mußte lächeln. Gewiß nur Einbildung.

Eben tauchte das Wäldchen auf. Vor dem Wäldchen mündete der Feldweg in die große Reichsstraße. Dort lag der Obstgarten Petrowitschs.

Panewnik trat an die ersten Bäume heran. Die Früchte hingen schwer und reif. Frau Hala konnte sie pflücken lassen.

Da hörte sich Dmytro scharf angerufen: „Halt! — Keinen Schritt weiter!"

Erschreckt blickte er zum Wäldchen.

Kosaken!

Eine Kosakenpatrouille stand vor ihm, an die zwanzig Mann, jeder sein Pferd am Zügel.

„Drei Schritte näher!" kommandierte der Starschoi.

Er tat die drei Schritte. Eins — zwei — drei. Laut sagte er, um nicht zu irren. Das Zählen beruhigte und brachte ihn wieder ins Gleichgewicht.

Jetzt erst besann er sich und staunte darüber: der Starschoi hatte ihn ja ukrainisch angesprochen.

„Du trägst die schwarzgelbe Binde um den Arm! Du bist ein österreichisches Werkzeug."

„Ich bin der Polizist des Ortes, den Sie vor sich sehen!"

„Zeig deine Papiere!"

„Ich habe keine bei mir."

„Und wenn ich dich untersuchen lasse?"

„So wird sich erweisen, daß Sie durch Ihr Mißtrauen einen ehrlichen Mann gekränkt haben!"

„Du gefällst mir, alter Junge. Sind noch die Euren dort drin?"

Dmytro Panewnik verstand sich nicht gut aufs Lügen. Das glückte ihm nie recht. Aber er nahm sich zusammen: „Sie sind noch drinnen, Starschoi."

„Aber nicht mehr lange!"

Der Starschoi schrie ihn drohend an.

Der dumpfe Einschlag einer schweren Granate war zu hören.

„Horch!" wandte sich der Starschoi um.

„Die Schlacht beginnt!" sagte einer der Kosaken und sah gegen Chodiestiw.

Das Artilleriefeuer wurde stärker.

„Da!"

Der Starschoi riß die rotweißblaue Binde von seinem Arm.

„Nimm sie dir, die Binde! Nähe sie wieder zusammen. Brauchst sie bald! Morgen um die Zeit sind wir bei euch drinnen! Aufgesessen!"

Er hatte Panewnik die Binde gereicht und schwang sich in den Sattel, die Kosaken folgten, und fort waren sie. Noch eine kleine Staubwolke, dann keine Spur mehr.

Dmytro Panewnik starrte ihnen nach wie einer Traumerscheinung.

Nur die rotweißblaue Binde, die er krampfhaft in seinen Fingern fühlte, ließ ihn erkennen, daß alles wirklich und wahrhaftig sich zugetragen hatte.

Einer feindlichen Patrouille war er begegnet! Er starrte auf die Binde in seinen Händen. „Brauchst sie bald!" hatte der Starschoi gesagt.

Er ließ den Blick zu der anderen Binde gleiten. Dann sah er sich rasch um. Hatte ihn jemand beobachtet? Tiefe Stille ringsumher. Nur in der Ferne das Donnern der Geschütze. Es war wie das Echo der Worte des Starschoi: „Brauchst sie bald!"

„Nein!" rief etwas in Dmytros Innern. Er ließ die russische Binde zu Boden fallen und lief zwanzig Schritte zurück. Das Dröhnen der Kanonen wurde lauter.

„Brauchst sie bald!" mahnten sie.

Er blieb stehen, drehte sich um und ging wieder die zwanzig Schritte der Kaiserstraße zu. Hingen Ketten an seinen Knöcheln? Jeder Tritt kostete Mühe.

Da lag die Binde im Staube. Er sah sie an, beugte sich, hob sie auf, faltete sie zusammen, steckte sie in die Brusttasche und schritt zögernd nach Proklata zurück.

Die Leute arbeiteten nicht mehr auf den Feldern. Das Krachen der Geschosse hatte sie aufgerüttelt. Als Panewnik in Sicht kam, eilten sie auf ihn zu:

„Panewnik! Panewnik!"

Er schrak zusammen. Warum stürzten sie auf ihn? Was umdrängten sie ihn? Wußten sie, was er gemacht hatte? Flammten ihnen durch die Brusttasche die drei Farben der aufgehobenen Binde verräterisch entgegen?

„Panewnik! Was geschieht? Sprich!" riefen sie ihn alle gleichzeitig an.

In Panewnik mußte etwas Unerklärliches vorgegangen sein. Er wußte es nur zu gut. Er hätte aber nicht angeben können, was es war.

Da standen Greise, Frauen und Kinder um ihn. Ihr banges Schicksal hatte ihnen Furcht und böses Ahnen ins Herz eingeflößt. Er begriff das alles und bezog doch jede Bewegung, jeden Anruf auf sich. Er fühlte sich durchschaut und hatte doch nichts getan? „Schweigt! Schweigt!" flüsterte er in grimmer Qual.

Wasyl Czaban zog die Seinen wieder sanft von Panewnik fort.

„Dmytro hat recht!" mahnte Wasyl. „Was soll euer kreischendes Fragen? Was braucht euch einer noch zu erzählen? Die Lüfte schreien es aus, was vorgeht. Aber Kummer und Zweifel helfen nicht. Am besten weiterarbeiten. Komm, Kseni! Hnat und Hania, kommt! An die Arbeit, bis die Sonne sinkt!"

Und sie gingen.

Da rafften sich die anderen auch wieder auf, banden die Garben und wendeten das Heu, indes Panewnik dem Dorfe zuschritt, geradeaus zu Doktor Petrowitsch.

Dmytro Panewnik läutete am Tor.

Malanka, die Magd, machte ihm auf.

Im Vorzimmer sah er die schöne Frau Hala: „Also, Dmytro? Was machen meine Birnen?"

„Frau Bürgermeisterin, sie wären reif."

„Warum sagst du, sie wären reif?"

„Weil ich nicht weiß, ob man sie auch pflücken wird."

„Dmytro, du sprichst so dunkel und geheimnisvoll wie ein Pope."

„Sie erfahren noch alles, Frau Bürgermeister. Aber zuerst muß ich mit dem Herrn Doktor sprechen."

Doktor Petrowitsch hatte Dmytros Stimme gehört und rief aus einem der Zimmer: „He, Dmytro! Was ist los? Hast du die Kanonade gehört? Komm herein!"

Frau Hala führte Panewnik ins Arbeitszimmer des Arztes. Dmytro erzählte seine Begegnung mit der russischen Patrouille. Auch daß die Birnen schwer und reif von den Zweigen hingen, meldete er. Nur das von der rotweißblauen Binde, das verschwieg er, das brachte er nicht über die Lippen.

Doktor Petrowitsch stand auf: „Da hat Dmytro recht, meine liebe Hala. Die Birnen wären reif. Aber wer wird sie heuer pflücken?"

Dann schüttelte er Panewniks Hand: „Du hast deine Pflicht getan. Und mehr als das. Der Starschoi glaubt, das Dorf sei noch schwach besetzt. Ein guter Einfall von dir. Und daß du mit ihnen so ruhig hast sprechen können, war ausgezeichnet. Es kann uns einmal noch nützen. Brav, Dmytro, brav! Und höre, gehe jetzt nach Hause und schreib deine ganze Begegnung auf. Das Schriftstück bringst du mir morgen, wir heften es in die Pfarrchronik!"

In anderen Stunden hätte solch ein Lob, solch eine Auszeichnung Panewnik in alle Himmel gehoben. Jetzt krampfte sich sein Herz in bangem Weh zusammen. Unentrinnbare Traurigkeit überkam ihn. Die Binde! Er hatte sie in seinen Fingern gehabt, fallen lassen und wieder aufgehoben. In seiner Brusttasche lag sie, nur ein leichter Lappen, aber wie ein Felsblock kam sie ihm vor, der überhängend drohte und ihn zerschmettern sollte.

Und der gute Doktor, wenn er die Binde sähe, würde er auch „Brav, Dmytro, brav!" sagen?

Schwer und schwankend stieg Panewnik die weißen Treppen des Hauses hinunter.

Als Panewnik die Brücke erreicht hatte und seinem Häuschen ganz nahe war, verlangsamten sich seine Schritte immer mehr. Die Sonne sank schon. Was wird Parania sagen? Sie wird schelten und wird nicht ahnen, wie sterbensbitter ihm zu Mute ist. Sie soll ihm nur keine groben Worte entgegenrufen. Teofil, sein Söhnchen, sollte ihn nie erniedrigt sehen.

Ach, da war es in Dmytros Elternhaus anders. Welche Ehrfurcht hatte alles vor dem Vater. War Parania schuld an dem Unterschied? Nein. Der Vater war ein Ehrenmann. Aber Dmytro? Eine Puppe.

Er erbebte vor dem Worte. Eine Puppe sollte er sein? Eine Puppe. Denn einer Puppe kannst du anziehen, was du willst.

Wirf die Binde weg, ehe du noch Hause kommst! durchblitzte es ihn. Da die Brücke! Da die Flut! Wirf die Binde — weg —!

Welche Binde? Welche? Hing denn alles, was ihm so wehe tat, nur an Aeußerlichem? Nur an diesem Fetzchen farbigen Tuches? Wem gehörte denn die Puppe jetzt? Wem denn?

Er konnte die russische Binde wegwerfen. Aber war damit dem Schicksal vorgegriffen? Morgen um die Stunde konnte Proklata doch russisch sein. Also wähle die Binde, deren Wahl nützlich ist! raunte eine andere Stimme in ihm.

Nützlich. Was ist der Puppe der eine Lappen nützlicher als der andere? Was sollte Rußland für ihn nützlicher sein als das Reich, dessen Bürger er im Augenblick wohl noch war.

Vor welche nie durchdachte Fragen sah sich Dmytro Panewnik plötzlich und unvorbereitet gestellt!

(Fortsetzung folgt.)

Scheußlichkeiten.

Es war bei einer Jugendfeier. Die ergreifende Ballade Richard Dehmels „Zu eng" stand auf dem Programm und sollte eben vorgetragen werden. Da fragte mich ein älterer Genosse: „Wie konnte man nur dieses scheußliche Gedicht auswählen?" Sein Abscheu klang innerlich und ehrlich; aber er stand wohl mit seiner Auffassung allein, denn das Gedicht fand bei den zahlreich anwesenden Jugendlichen stürmischen Beifall.

Und trotzdem steht der Genosse mit seinem Abscheu vor dieser Art Kunst nicht ganz einsam. Was aber bei ihm wahrscheinlich mehr auf eine Schwäche der Nerven zurückzuführen ist, findet dort andere Erklärung, wo es sich um Gegensätze der politischen Auffassung handelt. So äußerte sich einst eine Rezitatorin, die lange Jahre mit gutem Erfolg auf Arbeiterfesten mitwirkte: „Die Arbeiter haben doch eine auffallende Vorliebe für soziale Kunst. Sie erstrecken ihr menschliches Mitgefühl im wesentlichen auf die Leiden und Sorgen ihrer Klassengenossen. Dabei ist es doch der gleiche Kummer, wenn der Tod in einer höheren Beamtenfamilie einkehrt oder in einer Arbeiterfamilie. Es ist doch derselbe herzzerreißende Jammer, ob die Arbeiterfrau als Mutter um ihr todkrankes Kind zittert oder die Frau eines Fabrikdirektors. Es gibt doch leider so unendlich viel Unglück im menschlichen Leben, daß dabei die Hereintragung sozialer Gegensätze recht unangebracht erscheint. Aber die Arbeiter interessieren sich fast nur für die soziale Seite solcher Dinge."

So berechtigt diese Auffassung im ersten Augenblick klingen mag, sie ist leider nicht zu Ende gedacht. Was so ungemein aufreizend wirken muß, was zum Mitleid aufschreit weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus, das ist eben die soziale Seite im menschlichen Elend und Unglück. Wenn ihr Kind krank wird, dann nimmt die wohlhabende Mutter zwei oder drei Aerzte, die teuerste Medizin, die beste Kost, versucht es mit Klimawechsel und ähnlichem mehr. Wenn der Arzt zu einer Arbeiterfrau sagt: „Ihr Kind kann gerettet werden, sorgen Sie nur für kräftiges Essen, für gute Luft und möglichst viel Sonnenschein," dann kommt bei einer solchen Mutter zu dem Schmerz über die Leiden des Kindes noch die ohnmächtige Wut, die ärztlichen Ratschläge zur Linderung dieser Leiden nicht befolgen zu können. Ihr Kind kann nicht gesund werden, muß sterben, weil sie arm ist, während so viele andere selbst mit den raffiniertesten Mitteln nicht in der Lage sind, auch nur die Zinsen ihres Vermögens zu verzehren. All die Katakomben, die jährlich gefüllt werden können mit Leichen von Schwindsüchtigen, das Heer der Säuglinge, die sterben und verderben müssen als Opfer der sozialen Not, dazu all die Tausende, die jährlich bei der Arbeit getötet oder zu Krüppeln werden: an alledem sollte die Arbeiterschaft gedankenlos vorübergehen? Sollten solche Mißstände nicht auch die Auffassung der Arbeiter über Kunst oder künstlerische Werke beeinflussen können?

Stellen wir uns einen Arbeiter oder eine Arbeiterin vor, versunken in die Betrachtung eines Bildes. Es ist vielleicht ein Gemälde von Feuerbach oder Böcklin. Aber die griechischen Tragödien des ersteren und die Sagenwelt des letzteren sind ihnen fast völlig fremd, weil die Schule, die Armen- oder Volksschule, ihnen nichts darüber gelehrt hat. Die idealisierten Bilder Böcklins mögen noch so sehr durch ihren Farbenreichtum, durch die Wucht der Darstellung entzücken, sie können allgemein nicht jenen nachhaltigen Eindruck bei ihnen hinterlassen als jene Bilder der Arbeit, die ihre Vorwürfe aus dem Lebenskreise der Arbeiter erhalten haben. Hier ist ihnen auf den ersten Blick alles verständlich, alles heimisch und vertraut. Die sinnverwirrende, fast beängstigende Betriebsamkeit, dieser Wirrwarr von Rauch und Qualm und Feuer, von Fabrikhäusern und Schornsteinen, Eisenbahnen und anderen Betriebsmitteln, den uns zum Beispiel das Gemälde „Die Dortmunder Hütte" von Eugen Bracht zeigt, ist den Arbeitern tägliche Umgebung. Sehen sie eine von Käthe Kollwitz radierte arme Arbeiterfrau mit diesem fast nicht mehr menschlichen Ausdruck des Elends und der stumpfen Verzweiflung, so steigen ihnen aus ihrem eigenen Umgang, aus ihrem Lebenserfahrungen bekannte Bilder auf. Sie haben unsagbar oft diesen Ausdruck im Gesicht ihrer Klassengenossen gesehen.

Denn es ist ja nicht wahr, was der Philosoph der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, Felix Kuh, vor einiger Zeit seinen Lesern einzureden versuchte, „daß solche Schreckensbilder, die als Ausnahme in den entsetzlichsten Höhlen großstädtischer Kaschemmenviertel vorkommen können", nicht Wirklichkeit sind. Solche „Bilder aus dem tiefsten Elend des Proletariats" kann jeder in voller grauenhafter Wirklichkeit sehen, nicht nur in der Großstadt, nein, auch in Mittel- und Kleinstädten. Ueberall dort, wo die Industrie die Menschen ausbeutet zur höheren Ehre des Profits.

Wer allerdings so von Grauen erfüllt ist vor dem Anblick des Elends, wie Felix Kuh, der geht gern der Wirklichkeit in weitem Bogen aus dem Wege und darf dann unschuldsvoll sagen: „Die Kollwitzschen Bilder atmen Grauen und Entsetzen, sie schwelgen in einem Uebermaß ekelhafter Scheußlichkeiten, und wer unter der Kunst etwas Erhabenes oder Erhebendes versteht, der wird sich von diesen Schöpfungen, die Kunst sein wollen, mit Schaudern abwenden." Mit Schaudern abwenden! Ja, wer das kann, wer dazu die Möglichkeit hat, der muß sich schließlich in dem Glauben wiegen, daß alle solchen Bilder oder künstlerischen Schilderungen nicht Wirklichkeit sind. Er darf in einer Umwelt leben, in der nichts von Not und Grauen zu spüren ist. Er will nichts sehen, darum sieht er nichts.

Leider sind solche Elendsbilder keine Ausnahme. Aus manchem Hinterhaus unserer Arbeiterbezirke der Großstädte, besonders aus den älteren Häusern, wird ein talentierter Maler seine Motive holen können, die, auf die Leinwand gebracht, den nervenschwachen oder schönheitslüsternen Bürger zwingen werden, sich mit Schaudern abzuwenden. Seht einmal so recht älteren Heimarbeiterinnen in das Gesicht, und ihr werdet erstaunt sagen, ja, das ist der Ausdruck, den Käthe Kollwitz so meisterhaft wiederzugeben vermag.

Wer zum Beispiel das erstemal durch die Straßen der malerischen Stadt Braunschweig schlendert, dem erscheint das Bild dieser alten Stadt so zauberhaft schön, als wären alle diese reizenden Häuser nur zu unserer Freude durch die Jahrhunderte erhalten worden. Aber gehe er dann einmal an einem Wochentag vormittags oder abends durch die entlegenen Gassen, wo die Heimarbeiterinnen der Konservenfabriken ihre Arbeit auf Wagen aller Art ins Haus holen oder von dort abliefern, betrachte er sich dann einmal die zerlumpten, schmutzigen, ärmlichen Kindchen, die ausgemergelten und so unsagbar freud- und hoffnungslosen Gesichter der armen Mütter, schaue er auch, wenn er kann, in die engen, dumpfen, licht- und luftlosen kleinen Wohnräume dieser Familien — ach, er verliert nicht nur den Appetit auf Konserven, er verliert auch den Glauben daran, daß solche Elendsbilder Ausnahmen seien.

Nein, wären solche Bilder wirklich nur Ausnahmen, sie könnten kaum ernstlich anhaltende Wirkung erzielen. Nicht der Künstler geht mit der Absicht an sein Werk, eine bestimmte Tendenz damit auszudrücken, die Tendenz wird vielmehr ganz von selbst dadurch erzielt, daß der Künstler die Wirklichkeit rücksichtslos wiedergibt. Nur sehr selten ist sich der Künstler selbst der tendenziösen Wirkung seines Werkes bewußt. Ihm interessiert nur die künstlerische Wirkung. Erst dem Beschauer bleibt es vorbehalten, den in dem Werke zum Ausdruck gekommenen Gedanken mit seinen eigenen Erfahrungen zu verbinden. So entsteht die Tendenz bei dem Arbeiter, indem ihm das Kunstwerk schärfer als durch die Wirklichkeit sein eigenes Elend zum Bewußtsein bringt. Es zwingt ihn geradezu zum Vergleichen, zum Nachdenken, und ermuntert ihn, an der Abstellung dieser unwürdigen Zustände mitzuarbeiten. In entgegengesetzter Weise wirkt dasselbe Kunstwerk auf den im Wohlleben Reichgewordenen. Bei ihm wird, wie Felix Kuh sagt, der Eindruck des Unbehaglichen erzielt.

So wird ihm beim Anblick der Kinderszenen Fritz v. Uhdes, die sich in den Hinterstuben eines vierstöckigen Mietshauses abspielen, unbehaglich. Er nennt diese geistreiche innige Art Uhdes, religiöse Motive in moderner proletarischer Umgebung darzustellen, „in den Dunstkreis der Misere hinabsteigen".

So hindert ihn seine eigene Klassenlage daran, Kunstwerke in derselben Weise zu genießen, wie Arbeiter oder sozial einsichtsvoller Menschen sie genießen können. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhange die soziale Kunst als das Gewissen der Gesellschaft bezeichnen. Der reiche, behäbige Bürger, der auf Kosten einer tausendköpfigen Armut im Wohlleben schwelgt, fühlt sich von der Wirkung solcher Kunstwerke unangenehm bedrückt und steckt den Kopf vor dem unbequemen Mahner gern in den Sand. Der Einsichtige, Mitfühlende aber sucht zu begreifen und zu verstehen lernen. So schöpft er mit dem Arbeiter die Erkenntnis daraus, daß solche Dinge nicht naturnotwendig sind, daß sie abgeändert werden können.

So arbeitet der Künstler sicher vielfach unbewußt, nur getrieben von einem menschlich und künstlerisch gleichmäßig empfindenden Herzen, an dem Kulturfortschritt der Menschheit. Weil aber diese Kunst, die Scheußlichkeiten wiedergibt, selbst Wahrheit ist, darum mußte sie kommen, denn diese „entsetzlichen Scheußlichkeiten" sind leider immer noch viel zu sehr wahr.

Aber sie sollen nicht für alle Ewigkeiten wahr bleiben. Sie werden verschwinden, wie das Elend selbst verschwinden muß, dem sie ihr Dasein verdanken. Aber die Darstellung dieser „Scheußlichkeiten" hat dann ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. Sie hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch den besten Teil der Gesellschaft aufgerüttelt und veranlaßt, an der Abstellung dieser Scheußlichkeiten mitzuarbeiten. Je mehr es der Arbeiterschaft gelingen wird, sich inner-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wald des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Anteil an den Kulturgütern der Gesamtheit zu erringen, um so weniger wird die Kunst Gelegenheit haben, das Elend der Armen künstlerisch zu gestalten. Wohl aber wird sie dann reiche Anregung aus der aufstrebenden Arbeiterklasse, die sich die kulturelle Führung aneignen wird, empfangen. Völlig neue Motive werden ihr dann in großer Fülle zur Verfügung stehen. Sie wird dann nicht mehr nötig haben, die im fast idiotischem Stumpfsinn hinvegetierenden armen Arbeitssklaven oder ihr elendes Leben mitleiderweckend darzustellen. Wenn die Arbeit selbst aus den Fesseln des Elends befreit ist, wenn sie Lebensinhalt und Freude zugleich ist, dann wird auch die Darstellung der Arbeit in der Kunst wieder die Darstellung der Schönheit sein.

Adolf Domnick.

Aufschrei.

Ein jeder Tag kommt grau und leer,
Als ob die Welt ein Kirchhof wär.
Durch blutbetaute Schlachtenfelder
Und stahlgeknickte junge Wälder,
Zerschoss'ner Dörfer Einödei
Und stummer Gräber lange Reih,
Aus Nachtgefecht und Morgenrot
Und bringt den Brüdern bittren Tod.

Kaum, daß der Herzen Stimm verebbt,
Kommt neu ein Tag, der müd' sich schleppt
Durch Fluchen, Beten, Angst und Wut
Und watet tief durch rotes Blut.

O Friede! Friede! Heilandswort!
Erlöse uns vom Brudermord!

Johannes Schönherr.

Bunte Chronik.

Ein deutscher Geschichtsmaler. Am 8. Februar 1918 jährt sich zum 100. Male der Geburtstag von Wilhelm Camphausen, der in der Kunstgeschichte als einer der volkstümlichsten deutschen Geschichts- und Kriegsmaler gilt. Sein erster Lehrer war Alfred Rethel; im Jahre 1834 wurde er Schüler der Düsseldorfer Akademie; bestimmend für seinen weiteren Fortgang aber war seine Soldatenzeit, die ihm den Stoff seines künftigen Wirkens aus nächster Nähe studieren ließ. Zuerst trat er 1838 mit dem heute im Kölner Städtischen Museum befindlichen Bilde „Gepanzerte Reiter, aus dem Gefecht kommend" an die Oeffentlichkeit. Anfangs wirkte der Einfluß der Düsseldorfer wenigstens noch insofern auf ihn ein, als er sich noch nicht an seine eigene Zeit heranwagte, sondern seine Stoffe der weiter zurückliegenden Historie entnahm. Aus dieser Zeit sind vor allem die großangelegten, aber in der Bewegung noch nicht ganz freien Gemälde „Tilly bei Breitenfeld" und „Prinz Eugen in der Schlacht bei Belgrad" aus den Jahren 1841 und 1843 zu nennen. Die ersten regelrechten Schlachtenbilder hat er der noch immer mit einer gewissen Romantik umkleideten Zeit Cromwells. So schuf er die in der Berliner Nationalgalerie befindlichen „Cromwellschen Reiter", den „Transport gefangener Anhänger Cromwells", die „Erstürmung eines englischen Schlosses durch Cromwellsche Soldaten" und „Cromwells Sieg bei Naseby". Im Jahre 1850 endlich wandte Camphausen sich mit Entschiedenheit dem Stoffkreise aus der deutschen Geschichte zu. In der Folgezeit schuf er seine bekanntesten Werke, so „Blüchers Rheinübergang bei Caub", „Blüchers Begegnung mit Wellington bei Belle-Alliance", und nun entstanden auch seine Reiterbildnisse: „Ziethen, Schwerin, Gneisenau". Die Darstellung des soldatischen Lebens aus der Zeit Friedrichs des Großen machte seine Kunst noch freier und beweglicher, und zu den besten dieser Zeit gehören die Bilder „Friedrich II. am Sarge Schwerins" sowie der „Choral preußischer Grenadiere bei Leuthen". Den heutigen Deutschen ist unter allen Bildern Camphausens zweifellos die berühmte Darstellung Napoleons III. und Bismarcks am Morgen nach der Schlacht bei Sedan am vertrautesten.

Humor und Satire.

Kleines Geschichtchen. Frau X. trifft beim Besteigen der Straßenbahn eine Freundin, welche gerade im Heruntersteigen vom Wagen begriffen ist. Im Vorübergehen fragt diese, ob Frau X. schon die B.sche Ausstellung besucht habe? Im selben Augenblick fährt der Wagen fort, und die auf der Plattform Stehenden vernehmen zu ihrem Ergötzen die der Freundin laut nachgerufenen Worte: „Ja, kürzlich, wie mein Mann verreist war, bin ich mal mit meinem Vetter durchgegangen . . .!" (Jugend.)

Zweiter Akt im Fliegenden Holländer. „Senta hat soeben ihr Gebet für den sagenhaften Seefahrer, dessen Bild über der Tür hängt, gesungen, und steht noch ganz in dem Anblick desselben versunken, als dieser plötzlich selbst hereintritt. Die Sängerin wirft nun, um ihr Erschrecken über die Aehnlichkeit des Bildes mit dem Original auszudrücken, die Arme in die Höhe und bleibt so minutenlang unbeweglich in dieser Stellung stehen. Da höre ich hinter mir eine Frauenstimme flüstern: „Zu was die nur die Arme so lange hochhält?", worauf die andere in überlegenem Ton erwiderte: „Ja, das ist eben die Kunst!" (Jugend.)

Vortragskunst.

Julie Stummer (Violine) und **Friedrich Erhard** (Klavier und Rezitation) sind zwei tiefernste Künstler, bei denen man innerste Ergriffenheit in den Darbietungen spürt. Julie Stummers männlich-herbes Geigenspiel kam besonders der Bach-Sonate zugute und auch Prof. Reinhold Beckers 150. Werk fand eine liebevolle großzügige Wiedergabe. Friedrich Erhard hatte an einem klanglich wenig ergiebigen Bechstein-Flügel einen schweren Stand, das klavieristische Gegengewicht zu halten; vielleicht hätte sich ein halbes Oeffnen des Instruments empfohlen. In seinen melodramatischen Darbietungen, die der Künstler — wie hier bereits früher ausführlich gewürdigt — als einziger selbst musikalisch begleitet, stellte sich das Gleichmaß voll her, das besonders in der Sapphischen Ode wieder starken Eindruck machte. Als Rezitationseinleitung trug Erhard ein Stück aus dem vor 30 Jahren sehr erfolgreichen Epos „Dreizehnlinden" des Dichters, Arztes und Politikers Friedrich Wilhelm Weber vor; trotz der schön abgerundeten Form wirkt diese Schilderung alter Klosterkumpane (in der „Mette") recht antiquiert.

eb.

Dresdner Kalender.

Theater am 7. Februar. Opernhaus: Violetta (7). — Schauspielhaus: Die Brautschau, Dichters Ehrentag, Die kleinen Verwandten; 8. Volksvorstellung (7½). — Albert-Theater: Ehre (7). — Residenz-Theater: Mein Anneri (7½). Zentral-Theater: Die Rose von Stambul (7½) — Volkswohl-Theater: Wieselchen (7½).

Sächsischer Kunstverein. Brühlsche Terrasse. Im Wiener Saal und im anschließenden Kabinett stellt der Leipziger Akademiedirektor Professor Max Seliger eine große Sammlung von Gemälden, Aquarellen, Handzeichnungen und Graphik aus, die einen Ueberblick über das Schaffen des Künstlers während mehrerer Jahrzehnte gewähren.

Ueber Jean Francois Millet spricht Freitag, 8 Uhr, Herr Kunstschriftsteller Karl Meißner in der Kunstausstellung Emil Richter.

Das Philharmonische Orchester veranstaltet Donnerstag, 7½ Uhr, im Gewerbehaus das 17. Volks-Sinfonie-Konzert. Leitung: Florenz Werner; Solistin: Lotte Kreißler.

Kleine Mitteilungen.

Die Vereinigung der Freunde des Goethehauses in Weimar kann in ihrem Rechenschaftsbericht eine Steigerung der Zahl ihrer Mitglieder und eine Verdoppelung ihres Vermögens feststellen. Daher darf jetzt der Plan einer abschließenden Erweiterung des Sammlungsbaues am Goethehaus näher ins Auge gefaßt werden.

Ein Zeppelin-Museum soll nach einem Beschluß des Friedrichshafener Gemeinderates errichtet und anläßlich der 60. Jahresfeier des Bodensee-Geschichtsvereins im Herbst eröffnet werden.

Hofa-Album. Das Album, das am Humoristischen Künstlerabend der Hoftheatermitglieder am 8. Februar im Gewerbehaus den Besuchern gegen einen geringen Betrag, der gleichfalls der Deutschen Bühnengenossenschaft zu wohltätigen Zwecken zugeführt wird, zur Verfügung gestellt wird, ist in glänzender Aufmachung im Programmbücher-Verlag von Alfred Waldheim u. Ko. erschienen. Das Album enthält 40 Bildnisse von Mitgliedern der Oper und des Schauspiels in eigenartiger, künstlerisch durchgeführter Auffassung von Rudolf Scheffler. Jedes einzelne Blatt ist ein Kunstblatt, auf dem das Auge mit Freude ruht. Noch bei keiner Veranstaltung ist ein so interessantes und wertvolles Album geboten worden.

Arno Holz wurde der Königl. Akademie der Wissenschaften in Stockholm von einem deutschen Ausschuß mit folgender Begründung als Nobelpreisträger vorgeschlagen: „Holz ist Begründer und Führer des Naturalismus. Seine künstlerische und literargeschichtliche Bedeutung wird von der gesamten deutschen Gelehrtenwelt einmütig anerkannt. Sein Phantasus; eine der interessantesten Gestaltungen idealistischen Geistes; sein Drama, Ignorabimus, hat das Theater vor völlig neue Probleme gestellt. Holz hat zeit seines Lebens unter drückendsten Sorgen geschaffen, die auch heute noch nicht aufhörten. Arno Holz, als einem der bedeutendsten lebenden Dichter der Gegenwart, ein sorgenfreies Schaffen zu ermöglichen, entspräche in jeder Weise dem Willen des Nobelpreisstifters."

VVK Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet am Mittwoch den 20. und Sonnabend den 23. Februar im Albert-Theater, nachmittags 3 Uhr, das Weihnachtsmärchen Sneewittchen. Hierzu sind Karten zu 95, 75, 50 und 20 Pf. im Gewerkschafts-Kartell, Ritzenbergstr. 4, I., zu haben.

Täglich — Teleph. 14380 — [A 14] — Linien 5 u. 7
Tymians Thalia Theater
Görlitzer Str. 6 — Anfang 8 Uhr — Sonnt. 2 Vorstell.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!
Vorzugskarten wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Dresdner Gewerkschaften im Jahre 1917.

Transportarbeiter.

Die am 30. Januar abgehaltene gut besuchte Generalversammlung nahm nach der Ehrung der im Felde gefallenen und am Orte verstorbenen Mitglieder den Geschäfts- und Kassenbericht, der gedruckt vorlag, entgegen. Der Bevollmächtigte und Kassierer, Kollege Schiller, führte dazu folgendes aus:

Die Organisation hat sich auch im Jahre 1917 trotz den schwierigen Umständen sehr gut gehalten. Die Mitgliederzahl ist allerdings etwas zurückgegangen, was aber in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß auch in diesem Jahre wieder 414 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen worden sind. Neu eingetreten sind 204 männliche, 30 weibliche und 68 jugendliche Mitglieder. Zugereist sind 7, übergetreten 1 und vom Militär zurück 63 Kollegen; gestrichen wurden 280, abgereist sind 48, übergetreten 6 und verstorben 48 Mitglieder. Insgesamt sind noch 1865 Mitglieder vorhanden.

Die Verwaltungstätigkeit war naturgemäß geringer als in früheren Jahren; es wurden insgesamt 174 Sitzungen und Versammlungen abgehalten. Mit Arbeitgebern wurde 18mal verhandelt.

An den Lohnbewegungen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr geführt wurden, waren 380 Betriebe mit über 2600 Berufskollegen beteiligt. Der erzielte Mehrlohn betrug für die Woche 13984,68 M. oder durchschnittlich 5,37 M. für ein Mitglied. Die Löhne der Kutscher, Kohlenarbeiter, Möbeltransportierer und der Packer in einigen Industriebetrieben haben gegenüber dem Friedensstande eine Erhöhung von 50 Prozent erfahren. Leider können trotzdem die zur Zeit gezahlten Löhne nicht als ausreichend bezeichnet werden, weil Wucher und Schleichhandel derart abnorme Zustände geschaffen haben, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Tag zu Tag schlechter wird. Die Früchte der Lohnkämpfe werden den Arbeitern immer und immer wieder aus den Händen gewunden, was naturgemäß zu erneuten Lohnkämpfen führen muß.

Arbeitslos meldeten sich 280 Kollegen, die aber sämtlich umgehend untergebracht werden konnten, da die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot fast immer überstieg.

Ein sehr günstiges Bild zeigt auch der Kassenbericht. Die Einnahmen aus Beitrittsgeldern, Wochenbeiträgen, Zinsen usw. betrugen 67408,13 M.; davon erhielt die Hauptkasse in Quittungen 9191,30 M., in bar 32443,29 M. An Krankenunterstützung wurden trotz den herabgesetzten Leistungen 6553,30 M., an Arbeitslosenunterstützung dagegen nur 51 M. und Beerdigungsbeihilfe 2587 M. gezahlt. Die Ausgaben der Lokalkasse betrugen 23365,83 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse erhöhte sich von 60858,13 M. auf 63265,74 M., also um rund 2500 M. Für die Rechtsschutz- und Haftpflichtversicherung wurden 91,50 M. vereinnahmt. Die Abrechnung des Notstandsfonds zeigte eine Einnahme von 3365,74 M., eine Ausgabe von 1846 Mark; es verbleibt somit ein Kassenbestand von 1519,74 M.

Die Revisionskommission hat alle Bestände und Belege wiederholt geprüft und für richtig befunden und beantragte Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. In die Ortsverwaltung wurden neu gewählt die Kollegen Hentrich, Schreier, Engelmann und Grimer, in die Revisionskommission wird der Kollege Otto gewählt.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden auf die im Jahre 1918 ablaufenden Tarifverträge und die uns erwartenden schweren Kämpfe hingewiesen. In der nächsten Zeit soll durch Einberufung von Bezirksversammlungen und in Betriebsbesprechungen eine lebhafte Agitation entfaltet werden. Nach einer kräftigen Aufforderung, die Verbandsleitung in der Agitation zu unterstützen und in der Werbearbeit nicht nachzulassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Forderungen der Bergarbeiter.

Um ungeregelte, die Kriegswirtschaft und die Arbeiter schädigende Wirkungen hintanzuhalten, haben die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen den Arbeiterausschüssen empfohlen, von den Werksverwaltungen Lohnerhöhungen zu fordern. Der Lohn der Häuer und Lehrhäuer soll ausschließlich Kindergeld und etwaiger anderer Teuerungszulagen 13,50 M. für die Schicht betragen; erwachsene männliche Schichtlöhner über und unter Tage sollen 1,50 M., weibliche Arbeiter 1 M., Jugendliche 0,75 M. Lohnerhöhung erhalten; das Kindergeld soll verdoppelt werden. Im Falle der Nichtbewilligung wird die Anrufung der Schlichtungsausschüsse empfohlen; weitere Schritte dürfen nur mit Einverständnis der Organisationsleitungen unternommen werden. Auch etwaige andere Beschwerden über hohe Strafen und dergleichen sollen der Verwaltung vorgetragen werden, um sie auf ordnungsmäßigem Wege ohne Streik zum Austrag zu bringen.

Weiter haben die vier Bergarbeiterverbände an die Reichsbekleidungsstelle eine Beschwerde über die völlig ungenügende Versorgung der Bergarbeiter mit Schuhen, Kleidungsstücken und Wäsche gerichtet. In Holzschuhen könnten die Bergarbeiter unmöglich arbeiten. Soweit überhaupt noch Schuhwerk und Wäsche vorhanden sei, würden wahre Phantasiepreise dafür verlangt.

In einer weiteren Eingabe an das Reichswirtschaftsamt wird ersucht, für Feierschichten, die durch Wagen-, Kohlen- und Karbidmangel entstehen, den Bergarbeitern eine entsprechende Vergütung zu gewähren.

Beitragserhöhung im Gemeindearbeiterverband.

Die Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes haben durch Urabstimmung mit sehr großer Mehrheit eine Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. wöchentlich beschlossen. Abgestimmt haben 14026 Mitglieder; von den abgegebenen Zetteln waren 237 ungültig. 12073 oder reichlich 85 Prozent entschieden sich für die Beitragserhöhung, während nur 1716 Stimmen für den Vorschlag, zur Vermeidung der Beitragserhöhung die Krankenunterstützung herabzusetzen, eintraten.

Parteiangelegenheiten.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 16. bis 31. Januar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Familie G. durch G. D. 15,—; 5 Matrosen durch B. 10,—; Landsturmmann O. K. 12,—; Gefreiter L. und Pionier E. 10,—; H. und G.-Berlin-N 20,—; W. L.-Berlin 5,—; Handf. u. Korr. d. Vorw. 20,—; Unteroff. W. u. Inf. Sch. 4,—; Genossin K.-Brunsbüttelkoog 5,—; Gefreiter K. 10,—; Unteroffizier A. St. 30,—; Landsturmmann A. G. 2,—; A. A. Werk Lauta 2,—; Ges. von Kam. ein. bayer. J.-R. durch W. 11,—; M. L.-Tondern durch F. 21,—; Krankenträger H. B. 6,—; B.-Berlin 5,—; Musketier W. G. 3,50; A.-Berlin 1,—; Vizefeldwebel B. 1,—; E. K.-Lingen 3,—; Gefreiter P. B. u. 12 Kam. 13,—; Kraftf. R.-Brüssel 5,—; E. B.-Osterode (Ostpr.) 5,—; O. M.-Schöneberg 2,05; Handwerker einer Fuhrp.-Kol. 11,—; P. Sch.-Neukölln 8,—; F. M.-Berlin 3,05; Wehr. Art.-Maale 7,—; Kam. d. Stabes ein. reit. Abt. 8,—; M. S.-Berlin-Pankow 5,—; Matrose E. Str. 24,50; E. B.-Berlin-Lankwitz 20,05; 3 Unteroffiziere 5,—; A.-Durlach 25,—; Feldgrauer W. B. 3,—; St.-Berlin 10,—; Gefreiter R. 2,—; Kanonier O. M. 10,—; von ein. abst. rot. Kreuzkrankenträger z. Zt. Rumänien 5,—; Feldgrauer Sch. 2,—; Eisenbahner A. Sch. 3,—; Pionier K. —,50; Landsturmmann M. 1,90; E. Sch.-Herzfelde 5,—; B. Berlin N 5,—; W. M.-Rautenberg (Ostpreußen) 5,—; K. W.-Berlin-Karlshorst 2,—; E. A.-Berlin 50,—; Vorw.-Redakt. 63,—; A. M.-Berlin-Friedenau 5,—; M. G. u. A. L.-Berlin 10,—; M.-Neukölln 3,—; Kanonier W. E. 3,—; Sattler der Fa. F. Guiremand-Berlin durch E. H. 23,50; Frau L.-Berlin 5,—; W. G.-Treptow 3,—; Leutn. d. R. H. 3,—; Landsturmmann W. 3,—; 4 Pioniere d. Wehens 11,—; G. W.-Biesterh 5,—; Fahrer M. 3,—; 3 Wehr. Feld. durch Sch. 5,—; Musikkap. ein. Landst.-Inf.-Bat. 15,—; Unteroff. D. 5,—; Ges. in ein. Lazarett i. Osten durch Sch. u. L. 29,30; Unteroff. J. 10,—; O. K. Berlin 10,—; F. G.-K. z. Zt. im Felde 10,—; 5 Kam. in ein. Et.-Pferde-Depot 44,80; Wehrmann W. A. 5,—; Freunde aus Zarrentin i. M. 16,—; Krankenträger E. H. 10,—; Wehrmann E. 1,—; Kanonier O. M. 2,85; von Kranken ein. Lazaretts durch K. 16,—; 10 Kam. ein. Flieg.-Abt. i. Westen 10,—; Landsturmmann M. M. 2,—; Kam. aus ein. bayer. F.-M. durch B. 4,—; Mar.-Art. G. 3,—; B. ein. Scheinwerfertrupp durch R. F. 10,—; Bez. Gr. Thüringen, 4 Konto Listensammlung 120,—; Bezirk Mecklenburg-Lübeck a. Konto Listensammlung 230,80; E. M.-Potsdam 3,—; B. L.-Breslau 3,—; W. L.-Nauen 10,—; Sch.-Berlin —,70; Landsturmmann Sch. —,40; 4 Sold. durch O. P.-Schwerin i. M. 4,05; Unteroff. A. L. 1,50; J.-Berlin —,50; Personal d. Buchdr. H. S. Hermann-Berlin durch A. 182,05; Arm.-Soldat K. G. 10,—; v. 38 Kam. ein. Pionierp. ein. Landw.-Inf.-Reg. i. Westen durch H. H. 52,—; Kam. d. M. G. K. ein. Mar.-Reg. 16,50; Frl. G., Gastwirtsgehilfin 5,—; Vorwärtsleser, Pallasstraße, 20,—; 2 Gefr. d. M. G. K. ein Inf.-Reg. 4,—; Frau K.-Berlin 5,—; v. ein. Pionierpark durch Sch. 36,—; Kam. ein. Parkkomp. 3,—; Ges. v. 4 Landsturmleuten i. Osten 4,—; Landsturmm. H. K. 1,—; T.-Schöneberg 5,—; Dragoner W. J. 4,—; v. Angest. in Stuttgart z. Bekämpfung der Gegner ein. Verständigungsfriedens 80,—; E. B.-Ludwigshafen a. Rh. 5,—; P. J. und Frau, Remscheid, 20,—; Res.-Inf.-Reg. 11/254 durch Sch. 84,90.

Berlin, den 1. Februar 1918.

Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postscheckkonto Nr. 798 Fr. Bartels, F. Ebert, O. Braun beim Postscheckamt Berlin eingezahlt werden.

Fortschritte der Parteipresse.

Unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, hat in der Streikwoche 7500 neue Bezieher gewonnen. Allein die Postauflage, die sich auf die ländlichen Orte erstreckt, hat um 500 zugenommen. Der Straßenverkauf, der seit langem „rationiert" ist, konnte nur einen kleinen Teil der Nachfrage bewältigen. Den Verkäufern wurden bis 10 Pf. 50 Pf. für die Nummer geboten. Leider muß der Zuwachs von unserem Parteigeschäft mit geteilten Gefühlen begrüßt werden, weil jeder Abonnentenzuwachs den Papiermangel verschärft. Aber die Parteiorganisation nimmt zu, und es fließen ihr freiwillige Spenden zu.

600 neue Abonnenten und eine sprunghafte Steigerung des Straßenverkaufs von 4000 auf 10000 Exemplare brachte die letzte Woche der Arbeiterzeitung in Essen. Jede weitere Steigerung bedingt Verringerung des Zeitungsumfangs, da das Papier kontingentiert, die Erhöhung der Leserzahl nicht berücksichtigt. Auch die Parteiorganisation hat ständig neue Aufnahmen zu verzeichnen.

* Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hat zum 10. Februar einen außerordentlichen Parteitag einberufen, der sich in erster Reihe mit der Abdankung der Parteileitung und ihrer Neuwahl zu beschäftigen haben wird. Der ungarische Parteivorstand war wegen seiner Mitwirkung zur Beendigung des Massenstreiks heftig angegriffen worden und deshalb zurückgetreten. Die Vertrauensmänner haben der Parteileitung bereits ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgesprochen.

Briefkasten.

A. Z., Niederhermsdorf. Das Zeichen 1 U 59 besagt: Erhebliche, stark hindernde Verlängerung, Verkürzung, Verkrümmung oder Steifheit von Gliedmaßen, falsche Gelenke.

H. W., Holbeinstraße. Auf solches Gerede einer Bäckerhändlerin hin können wir keine Kritik der angeblichen Maßnahmen vornehmen. Uns ist bisher noch von keiner Seite bestätigt worden, daß eine solche Kartoffelverteilung an streikende Arbeiter stattgefunden hätte. Wahrscheinlich handelt es sich um ein leeres Gerücht.

R. E. Der Sitz der Firma ist uns nicht bekannt.

Gefr. R. M. Wenn Sie von Anfang an Beiträge für die Angestelltenversicherung geleistet haben, würde Ihre Familie Witwen- und Waisenrente bekommen, doch würde die Höhe dieser Rente nur nach den wirklich geleisteten Beiträgen berechnet werden, also nur niedrig sein.

B. 10. Die Kriegsunterstützung wird in diesem Falle nur so weit ausgezahlt werden, als sie durch die Verpflegung im Krankenhause nicht in Anspruch genommen worden ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180206/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG